

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnenzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Aufrichtigkeit.

Du fragst, warum du aufrichtig sein sollst. „Weil du ein Mensch bist.“
Ruskin.

Bei einiaem Nachdenken sieht jeder ein, daß die bürgerliche und staatliche Ordnung sich aufbaut auf die Redlichkeit und Zuverlässigkeit des einzelnen. Die Aufrichtigkeit aber ist auch das Fundament des Charakters; wenn soziale Gründe diese Tugend von allen fordern, so macht die Menschenwürde sie zu einer von ihr unzertrennbaren Eigenschaft. Jede Unehrlichkeit tritt die Hoheit des Menschen mit Füßen und verunkelt ihre ursprünglich edlen Züge.

Wenn man nach dem Erreger des Übels suchen wollte, das gegenwärtig die Menschheit durchzieht und sie bis ins Innere hinein krank gemacht hat, so würde man gewiß das Gift der Unehrlichkeit und Heuchelei entdecken. Wie weit kommt man, wenn man die Menschen des Bekanntenkreises zusammensetzt, auf die man sich unbedingt verlassen kann, deren Worte und Taten mit ihrer Gesinnung in Einklang stehen? Welche Erfahrungen macht man bezüglich der eigenen Aufrichtigkeit? Doch hier ist ja der bekannte Standpunkt, von wo aus die Selbsterziehung zur strengsten Redlichkeit gegen sich und andere ihren Anfang nehmen kann. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, ob man bei andern genau so spricht, wie man denkt, oder ob man dort nicht „Ja“ und „Nein“ unbedenklich verdringt; ob man andern nicht Wohlwollen heuchelt und sie bei nächster Gelegenheit den Freunden verrät; ob man nicht ständig sich selbst täuscht und über ein ganzes Gebiet innerer Morsheit den Schein von Gutem deckt.

Nach der Erkenntnis der Fehler des eigenen Ich setzt die mühsame Arbeit des Wiederaufbauens ein, die, wenn sie solide werden soll, nur Schritt für Schritt geleistet werden kann. Redlich in Worten sein, zuverlässig in Taten, ehrlich vor sich selbst! Nur auf dem Wege zu diesem Ziele läßt sich die Menschenwürde in ihre Rechte setzen, nur so gelangt man zur Selbstachtung; nur so wird man der menschlichen Gesellschaft das, was jeder sein soll: Salt und Säße.

An einen einzigen ehrlichen Menschen klammern sich tausend Schwänfende an, und die Gesundheit der Menschheit geht aus von denen, die den sittlichen Mut haben, allzeit aufrichtig zu sein.

Wir Gewerkschaftler und die Jugendlichen.

Es ist ein hervorragendes Merkmal unserer Zeit, daß sich alle Welt um die Gewinnung der Jugend bemüht. Alle möglichen Vereinigungen und Corporationen befaßen sich heute mit der Frage: „Wie interessieren und gewinnen wir die Jugend für unsere Bestrebungen?“ Nicht zuletzt erblicken auch die Organisationen der christlichen Arbeiterschaft beider Konfessionen und die christlichen Gewerkschaften mit Recht in der Sicherung des jugendlichen Nachwuchses eine Lebensfrage. Als unser christlicher Metallarbeiterverband nach der letzten Generalversammlung mit einer intensiveren Werbearbeit unter den Jugendlichen einsetzte, wurden unsere Absichten freilich noch vielfach verkannt. Manche Schwierigkeiten und Mißverständnisse waren da zu beseitigen; warben und werben wir doch um dieselben jungen Arbeiter, um die sich auch die konfessionellen Jünglings-, Gesellen- und Lehrlingsvereine bemühen.

Diese Schwierigkeiten und Mißverständnisse, die sich unserer Jugendarbeit zu Anfang von dieser Seite vielerorts entgegenstellten, können jetzt im Prinzip als beseitigt gelten. War es doch nie unsere Absicht, mit unserer Jugendarbeit diejenige der konfessionellen Jugendvereine ersetzen oder auch nur beeinträchtigen zu wollen, im Gegenteil: es galt, diese Arbeit nach der gewerkschaftlichen Seite hin zu ergänzen. Wie es zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften schon der Fall war, so mußte seitens der christlichen Gewerkschaften auch ein Hand-in-Hand-arbeiten mit den Jugendvereinen angebahnt werden. Die praktische Verwirklichung dieser Aufgabe war um so dringlicher, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Verein mit der sozialdemokratischen Partei eine intensive Agitation entfalteten, um sich womöglich die gesamte erwerbstätige Jugend zu sichern. Mag man auch noch vielfach einwenden, es sei nicht angängig, die jugendlichen Arbeiter schon in die gewerblichen und wirtschaftlichen Kämpfe hineinzuziehen, man kommt damit doch nicht an der harten Tatsache vorbei, daß sie heute eben durch die Verhältnisse in die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe hineingezogen werden. Was hier von jugendlichen Arbeiter gesagt wird, gilt auch für die Lehrlinge. Die Entwicklung in der Metallindustrie geht in der Richtung einer Vermehrung der mittleren auf Kosten der kleinen Betriebe; damit ist auch das Schwinden des patriarchalischen Charakters des Lehrlingsverhältnisses gegeben. Mehr und mehr steigt der Prozentsatz der Lehr-

linge, der auf Betriebe mit größerer Personenzahl entfällt, deren Ausbildung mithin zum größten Teil in der Hand der Gehilfen liegt. Der Lehrling ist dadurch aber auch der Beeinflussung durch die erwachsenen Gehilfen überantwortet. Dies um so mehr, je weniger sich der Meister infolge der Vergrößerung des Betriebes um die Erziehung der Lehrlinge zu bekümmern vermag.

Diese Sachlage haben sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu nute gemacht. So heißt es in diesbezüglichen Anweisungen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, die einzelnen Mitglieder des Verbandes sollten sich der jungen Leute in einer Weise annehmen, daß der Sinn der Solidarität schon frühzeitig in ihnen geweckt werde:

„Das wird um so wirksamer geschehen, je mehr der junge Nachwuchs bei der Arbeit helfend und ratend unterstützt wird. Eine Unterweisung in fachtechnischen Fragen eine freundliche Aufklärung über das Verhalten bei der Arbeit, eine liebevolle Unterstützung in Fällen persönlicher Art, wird die beste Grundlage für den nötigen Einfluß auf die jugendlichen Elemente schaffen.“ (Holzarbeiterzeitung Nr. 42, 1910.)

Diese stille Werbearbeit der Genossen in den Betrieben wird dann noch unterstützt durch die in 454 Orten bestehenden sozialdemokratischen Jugendauschüsse mit ihren losen Jugendorganisationen, die, heute aufgelöst, morgen wieder neu erstehen. Das rote Jugendorgan („Arbeiterjugend“) wird zurzeit nach 474 Orten von 65 500 Abonnenten bezogen. Diese sogenannte „kulturelle Arbeit“ an der Jugend seitens der Sozialdemokratie verdankt ihren Erfolg zu einem nicht geringen Teile dem geschickten Appell an die Instinkte, die gerade in den „Flegeljahren“ nach sind oder doch mit Leichtigkeit geweckt werden können. Wie das gemacht wird, zeigt folgende Probe, die wir einem Artikel, „Vom Kampf der Innungsfranten“ in Nr. 11/1911 der „Arbeiterjugend“ entnehmen:

„Daß sich in der Hecke wider die freie Jugendbewegung am wildesten die Zopfräger des Handwerks gebärden, ist bekannt. Fürchten die hiesigen Franten doch, daß ihnen ihre billigsten und willigsten Arbeitssklaven widerborstig werden, wenn den Lehrlingen in der proletarischen Jugendbewegung über ihre elende und unwürdige Lage die Augen geöffnet werden. . . . Milken wird den Franten dieser erbitterte Kampf gegen die Bildungsbestrebungen ihrer jungen Arbeitssklaven natürlich garnichts. . . .“

Der Haß gegen die Vertreter des Handwerks, das nach Meinung der radikalen sozialistischen Theoretiker die revolutionäre Entwicklung aufhält, soll eben auch der Jugend mit unauslöschlichen Lettern in das so überaus empfängliche Herz geschrieben werden. Der Zweck der Uebung ist natürlich der, die Jugend schon für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen und sie an die roten Organisationen zu fetten.

Wir christlichen Gewerkschaftler können demgegenüber nicht auf die Beeinflussung des jugendlichen Elements verzichten. Wollten wir das, so hieße das unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes, als die Auslieferung des gesamten gewerblichen Nachwuchses an die Organisationen der Sozialdemokratie. Das wird aber kein Einsichtiger von einer Organisation, die auf Beeinflussung des gewerblichen Lebens Anspruch machen muß, verlangen wollen. Die Werkstätte wird heute mehr und mehr zum Mittelpunkt des Lebens für die erwerbstätige Jugend, sie wird infolge der oben gekennzeichneten Entwicklung auch von Tag zu Tag mehr zum Mittelpunkt der geistigen Umwerbung des jungen Mannes. Bis auf die Werkstätte reicht aber kein Einfluß mehr und intensiver, als derjenige der gewerkschaftlichen Organisation. Daraus ergibt sich aber auch, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit nicht mit derjenigen der konfessionellen Jugendorganisationen kollidieren, sondern unter den gegebenen Verhältnissen geradezu notwendig sind, um die Tätigkeit dieser Organisationen im Kampfe gegen die sozialistischen Bestrebungen auf der Werkstätte zu ergänzen. Kame der sozialistische Einfluß auf der Werkstätte allein zur Geltung, so würde die ganze Jugendarbeit der konfessionellen Vereine vielfach illusorisch gemacht werden; ihre ganze Tätigkeit wäre überflüssig, wenn die, deren Erziehungsarbeit sie in die Hand genommen, den Anschluß an die christlichen Standes- und Berufsorganisationen verpassten und statt dessen in den sozialdemokratischen Organisationen landen würden.

An unseren Kollen ist es nun, diese Gedanken allorts zu propagieren und auf ein den beiderseitigen Interessen zugute kommen des Hand-in-Hand-arbeiten mit den konfessionellen Jugendvereinen hinzuwirken. Die Interaktion und Gewinnung der Jugend für unsere Sache ist eben eine der dringendsten Aufgaben auch für uns christliche Metallarbeiter. Darum an die Arbeit! Auch

notwendig erkannten Arbeit nicht abhalten. — hier gilt das Wort: „Sindernisse sind dazu da, um überwunden zu werden“.

Erst Volksverrat, dann Volksbetrug!

Nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung konnte sich die Sozialdemokratie nicht genug tun in Angriffen auf die bürgerlichen Parteien, insbesondere auf die christlichen Arbeiterabgeordneten. Wie warf und wirft sie da nicht um sich mit den Agitationschlagern „Entrechtung der Arbeiter“, „Verhöhnung der Witwen und Waisen“, „Verschlechterung des Wöchnerinnenschutzes“ etc. Und was die Genossen sich besonders während der Reichstagswahlkampagne nach dieser Richtung hin geleistet haben, das geht nicht auf sämtliche Kuhhäute diesseits und jenseits der Elbe. Was haben sie da nicht alles für die Arbeiterschaft herausgeschlagen wollen? — Eine anständige Führung bemächtigt sich des gläubig hinzuerwartenden Proleten, wenn ihm das so überzeugend aus dem wortgewandten Munde des roten Agitators geschildert wird. Einen ordentlichen Abscheu aber löst ihm die Haltung der bürgerlichen, insbesondere der christlichen Arbeiterabgeordneten ein, die da nach den Schilderungen dieses selbst roten Agitators aus lauter Böswilligkeit und Reichsunfähigkeit die schönen roten Anträge niederstimmt, und die Arbeiterschaft angeblich um alle die Erfolge geprellt haben. Der so bearbeitete Proletarier wird selbstredend mit Eifer zum roten Stimmzettel greifen und — das ist denn auch schließlich das, was der rote Agitator erreichen wollte.

Darum verhält er wohlweislich vor den Massen die andere Seite der sozialdemokratischen „Anträge“. Und doch sieht jeder vernünftige Mensch das ein, daß hohe Leistungen hohe, sehr hohe Beiträge zur Voraussetzung haben. Ohne Feuer raucht kein Schornstein — auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht. Die deutsche Arbeiterversicherung fußt eben auf den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dazu kommt bei der Invaliden- und Witwenrente ein Zuschuß aus Mitteln des Reichs, der also von der Allgemeinheit getragen werden muß. Aber im großen und ganzen handelt es sich auch hier um eine Versicherung, die eben auf Leistung und Gegenleistung beruht. Das ist schließlich auch das Rechte; wer seine Beiträge selbst zahlt, hat auch einen Rechtsanspruch auf Leistungen; er hat aber auch an der Versicherungsrichtung und ihrer gesunden Fortentwicklung ein lebhaftes Interesse. Wenn es bei Gestaltung der Reichsversicherungsordnung nun aber nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, so wäre diese ganze gesunde Fortentwicklung des in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebauten Reformwerkes in der unverantwortlichsten Weise gefährdet worden. Die von der Sozialdemokratie jetzt mit einem Schläge geforderten Mehrleistungen hätten nach einer von dem nationalliberalen Abg. Horn aufgestellten Berechnung die gewaltige Summe von 2029 Millionen Mark an Mehrbeiträgen alljährlich erfordert. Daß gegenwärtig weder unsere Industrie noch unsere Arbeiterschaft eine solche Mehrbelastung tragen kann, sieht jeder vernünftige Mensch ohne weiteres ein.

Aber auch die Sozialdemokratie sieht ein, daß die Arbeitererinkommen zurzeit eine solche Mehrbelastung an Versicherungsbeiträgen, wie sie sie in Konsequenz ihrer demagogischen Uebertreibungsanträge geordert, nicht tragen können. Sie weiß auch, daß die Arbeiter Beiträge überhaupt nicht gerne zahlen. Die roten Agitatoren machen sich jetzt sogar die durch die weitere Ausgestaltung der sozialen Versicherung bedingte verhältnismäßig geringe Beitragserhöhung für ihre demagogische Hecke zu nute. So „behandelt“ beispielsweise der „Vorwärts“ in seiner Nr. 305/1911 die notwendig gewordene Beitragserhöhung zur Invalidenversicherung wie folgt:

„Som 1. Januar an ist bekanntlich die Reichseinkommensteuer gegen die Arbeiter (Beiträge zur Invalidenversicherung. D. Red.) erhöht worden. Für die Einkommen bis 350 M. sind statt 14 Pf. 16 Pf., bei Einkommen von 350 bis 550 M. statt 20 Pf. 24 Pf., bei Einkommen von 550 bis 850 M. statt 30 Pf. 40 Pf., bei Einkommen über 1150 M. statt 36 Pf. 48 Pf. wöchentlich zu Neben. Rechnet man auch nur die Hälfte dieses Nebenmarkenbeitrags auf Lasten der Arbeiter, so macht das jährlich eine direkte Steuer (!) von 4,16 M., 6,24 M., 7,82 M., 10,40 M., 12,48 M. Selbst die allergeringsten Einkommen sind also mit einer Einkommensteuer (!) von über 1 Proz. belegt. Abgelehnt aber sind die sozialdemokratischen Anträge, die Kosten durch Besteuerung auf die hohen Einkommen von 6000 M. ab aufzubringen.“

Höher geht's wahrlich nimmer! Nur die durch und durch unehrliche sozialdemokratische Demagogie bringt es fertig, die Beiträge zur Invalidenversicherung als „Reichseinkommensteuer gegen die Arbeiter“ zu bezeichnen. Jedes politische Hindernis sind diese Beiträge werden nicht zu

Zwecken des Staates — also nicht als „Steuern“ — gebraucht, sondern einzig und allein für die Arbeiter und deren Familien verwandt. Zudem verteilen sich diese Beiträge bei der Unfallversicherung ja zur Hälfte auf Arbeiter und Arbeitgeber und zu der einzelnen Rente kommt noch, wie oben bereits erwähnt, ein Zuschuß aus Reichsmitteln. Die Sozialdemokratie aber setzt sich einfach über die Wahrheit hinweg. Wenn sie es zur Erreichung ihrer demagogischen Zwecke für notwendig hält, so schreit sie selbst vor einer Fälschung der elementarsten Begriffe nicht zurück und läßt die sozialen Versicherungsbeiträge in eine „Reichseinkommensteuer gegen die Arbeiter“ um. Diese selbe Partei, die vorher durch ihre berücksichtigten „Anträge“ den Massen und der deutschen Volkswirtschaft unerschwingliche Lasten aufhalsen wollte, kassiert die unter den heutigen Verhältnissen den Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens bedeutet hätten, spielt jetzt auf einmal wieder den billigen Jakob und verzerrt die Köpfe ihrer Nachläufer mit dem Heren-Einmaleins.

Die roten Demagogen und Volksbetrüger mögen doch ihren Nachläufern einmal die Rechnung darüber aufmachen, wie hoch die „Reichseinkommensteuer gegen die Arbeiter“ allein bei der Unfallversicherung geworden wäre, wenn nur ihre „Anträge“ hätten verwirklicht werden sollen. Die folgende Aufstellung kann ihnen bei dieser Aufklärungsarbeit treffliche Dienste leisten:

Sozialklasse	Jahresverdienst	Wochenbeitrag		Reichseinkommensteuer gegen die Arbeiter nach Durchföhrung der sozialen Anträge, pro Woche
		1911	1912	
I	bis zu 350 M.	12 Pf.	16 Pf.	80 Pf.
II	„ 550 „	20 „	24 „	130 „
III	„ 850 „	24 „	32 „	168 „
IV	„ 1150 „	30 „	40 „	210 „
V	über 1150 „	36 „	48 „	252 „

Wie wäre es den sozialdemokratischen Agitatoren ergangen, wenn ihre „schönen Anträge“ verwirklicht worden wären! Allerdings, die Sozialdemokratie darf sich ja im „Antragsstellen“ das habnehübendste Zeug gefallen. Nicht einmal „freie“ Gewerkschaftsblätter, die doch angeblich ernst genommen werden wollen, legen gegen diesen demagogischen Unfug Vernunft ein. Diese dürfen es nach Hue ja nicht riskieren, „ihre durch reichliches Nachdenken gewonnene Ueberszeugung von der Unfruchtbarkeit der jetzigen Situation (im roten Lager) auszusprechen.“ So heulen denn diese „tapferen Mannesjeden“ mit den roten Wölfen um die Wette gegen die Reichsversicherungsordnung und diejenigen Leute, die es nicht bei bloßen „Anträgen“ bewenden ließen.

Wer die Genossen sind bekanntlich nie um eine Ausrede verlegen. Mit ihren „schönen Anträgen“ in die Enge getrieben, behaupten sie dreist und frech, diese hätten sich ohne Mehrbelastung der Arbeiter durchföhren lassen. Die Mehrkosten hätten sie durch Besteuerung der Einkommen über 6000 Mark aufbringen wollen. Das ist natürlich kompletter Humbug. Denn in diesem Falle hätten alle diese Einkommen einfach konfisziert werden müssen. Durch eine solche Forderung erweisen sich die Genossen wieder einmal ihres alten Rufes als politische Kindschöpfe und unverantwortliche Schreier würdig. Und diese Volksbetrüger wagen es, die ehrliche Arbeit anderer Leute durch Unterstellung schmutziger Beweggründe als Arbeiter- und Volksverrat zu verächtigen!

Wie lange noch, so fragt man sich unwillkürlich, wollen sich deutsche Arbeiter von dieser Demagogengesellschaft am Karrenseil herumföhren lassen? Es ist wirklich hohe Zeit, daß der einsichtige Teil der deutschen Arbeiterschaft diesen Volksverberbern das Handwerk legt durch tätige Mitarbeit zur Stärkung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Das Jahr 1911 sollte nach aller Voraussage ein Jahr der Hochkonjunktur werden; man hoffte, daß der Anstieg der gegen Ende 1910 vielleicht eine Kleinigkeit eingeleitet hatte, sich kräftig entwickeln werde. Eine Hochkonjunktur zeichnete sich durch einen hohen Um- und Absatz der Produkte, durch hohe

Preise und durch starke Unternehmungslust auf allen Gebieten. Wenn wir das abgelaufene Wirtschaftsjahr an diesen drei Momenten messen, so können wir sicherlich nicht sagen, daß es ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen sei — wenigstens nicht für die meisten Industrien. Abgesehen von der chemischen und elektrischen Industrie wird das wohl keine Behauptung. In den hier erörterten Beziehungen aus der elektrischen Industrie ist zur Genüge hervorgegangen, daß der Absatz ihrer Produkte, das Gebiet ihrer Tätigkeit, gewaltig gewachsen ist und zwar nicht etwa bei geschwächten Preisen, sondern eher zu erhöhten. Die elektrische Industrie ist ja allerdings in besonders günstiger Lage, da ihre Monopolstellung sie vor allen Rentabel arbeiten läßt.

Die neben der Metallindustrie wichtigste Industrie Deutschlands — hat ein Jahr hinter sich, das alles andere als das Präkariat gut verdient. Besonders hatten die Baumwollspinnereien unter den hohen Preisen der Rohprodukte zu leiden. Ihre Dividenden sind denn auch ganz gewaltig zurückgegangen.

Die Unternehmungslust allerdings hat, nach den Emissionen zu schließen, wieder einen gewissen Aufschwung genommen. Namentlich 1910 für 260 Millionen M. Industrieaktien zur Ausgabe so 1911 für 329 — es ist dies die höchste Zahl seit 1905. Demnach stünde es im allgemeinen um das Wirtschaftsleben nicht schlecht, wenn wir nicht noch einen Maßstab anzulegen hätten — die Preise; und da muß gesagt werden, daß diese in den meisten Industrien durchaus ungenügend waren. Der Absatz war wohl ein großer, die Preise aber waren vielfach unzureichend. Ein klassisches Beispiel hierfür bietet ja aus unserm Industriezweige die Röhrenindustrie. Die Produktion und der Absatz haben ständig zugenommen, die Preise dagegen ebenso ständig nachgelassen. Die Tatsache lenkt uns auf eine Erscheinung, die gerade in unserer Industrie recht lebhaft zu bemerken war. Die großen Werke, die sich im Stahlwerkverband vereinigt haben, haben bestimmte Quoten zur Produktion übereinstimmend erhalten. Die Tendenz nach Ausdehnung der Produktion ist nun in unserm Gewerbe besonders stark. Um die Quoten zu erfüllen, in die Höhe zu schrauben, produziert das einzelne Werk viel mehr als der tatsächliche Markt es eigentlich gestattet. Die Folge ist Uebersproduktion und deren Folge ein Sinken der Preise.

Diese Entwicklung ist im Laufe des Jahres außer bei dem genannten Produkt besonders auch bei Stabeisen und bei Band-eisen in die Erscheinung getreten. Durch die Jagd nach Erhöhung der Beteiligungszahl sind die Preise für Stab- und Band-eisen rasch gefallen. Die ersteren sanken von 110 bis auf 98 M., die letzteren von 140 und 145 bis 125 M. Die Eta beisekonvention hat sich in der Folge nicht halten können, und sie wurde aufgelöst. Und eigentümlich — nach dieser Auflösung hat sich der Markt bald und ständig gebessert, insbesondere sind die Preise stark in die Höhe gegangen, so daß heute die Lage des Stabeisenmarktes als durchaus günstig bezeichnet werden muß.

Wie der Absatz und Verkauf des Stahlwerkverbandes an Stabeisen, so ist er auch für alle übrigen R-P-Produkte gestiegen, insgesamt von 5 268 000 To. im Jahre 1910 auf 5 820 000 To. im Jahre 1911. Auch der Verkauf an A-Produkten hatte eine gleich günstige Entwicklung — er ist von 4 800 000 To. im Jahre 1910 auf 5 350 000 To. i. J. 1911 gestiegen. Heute ist der Markt für die meisten Produkte günstig.

Eine entschiedene Befestigung hat auch der Roh-eisenmarkt aufzuweisen. Große Schwierigkeiten hat es gekostet, um den Roheisenverband zu sichern. Von-ers hat hielten die Verhandlungen, die den Anschluß der schließ-lich-lohringischen Werke bezweckten. Dit waren sie nahe am Scheitern, schließlich aber kam man doch zur Einigung. Der Erfolg zeigte sich nach monatelangem Schwanken, das unser ganzes Wirtschaftsleben unruhig gemacht hatte, bald in einer Anwärtsbewegung der Preise. Die Beteiligungsziffern für 1912 belaufen sich insgesamt auf 3 373 104 To. In keiner Industrie macht sich das Bestreben nach einer Konzentration so stark bemerkbar wie in der Metallindustrie. Die reinen Werke werden immer seltener. Die Walzwerke legen sich Hochofenbetriebe zu, um im Bezug des Roheisens unabhängig zu sein; und nicht nur auf die letzteren beschränkt sich der Aufsaugungsprozess — auch Kohlenbergwerke kommen immer mehr als Glied in einen großen Organismus. Draht- und Röhrenwerke, Maschinenfabriken gliedern sich an große Werke an, sei es, daß Interessengemeinschaften mit Gewinnergarantie geschlossen werden oder daß die Verschmelzung noch eine ungenügere ist. Der Vorfall besteht auch bei den genannten Gruppen in der Unabhängigkeit vom Rohstoffmarkt, für die großen sich angliedernden Werke in der Sicherheit des Absatzes ihrer Produkte.

Von den Fusionen, die im Laufe des Jahres zustande kamen seien erwähnt: Die Interessengemeinschaft, die Krupp mit der Westfälischen Drahtindustrie geschlossen hat; die der Gießereifabrikation mit dem Drahtwalzwerk Bäter & Cie. in Gelsenkirchen; die der Rheinischen Stahlwerke mit der Röhrenfabrik Walle, Kellering & Cie. Die Maschinenfabrik Dortmund wird von Köhler aufgenommen; der Voithinger Sättelverein Kumpen-Friede schließt mit der Düffelbacher Eisen- und Drahtindustrie und Fassonierwerk Mannsädt, das sich schon vorher mit der Siegenheimischen Hütte verschmolzen hat, eine Interessengemeinschaft. Deutsch-Luzernburg schließt eine Interessengemeinschaft mit den Rümelingener Hochofen- und Stahlwerken, und Buderns mit Massen. Die reinen Betriebe rentieren schlecht, an ihre Stelle treten die großen gemischten, welche die verschiedensten Produktionszweige in sich vereinigen.

Die Lage des Arbeiterstandes ist natürlich in erster Linie abhängig von der Wirtschaftskonjunktur überhaupt. Wie die Zahlen ergeben, war der Arbeitsmarkt bis zum Oktober günstiger als im Vorjahr. Im November und Dezember ist dagegen wieder ein Niedergang eingetreten. Darüber dürfte kein Zweifel bestehen — die wirtschaftliche Lage des einzelnen Arbeiters ist durch die abnorme Lebensmittelerhöhung im verwichenen Jahre nicht besser geworden. Ueber die Gründe der Teuerung ist viel hin und her gestritten worden. Man hat unsere Wirtschaftspolitik vor allem dafür verantwortlich machen wollen, unter fast vollständiger Verleugnung anderer wichtiger Momente. Als solche müssen aber unbedingt die abnorme Dürreperiode in Betracht gezogen werden, des ferneren die Spekulation in den wichtigsten Lebensmitteln. Wir sind geneigt, die Hauptursache in dem zuletzt angeführten Moment zu suchen. Vielmehr als man im allgemeinen annimmt hat die Börsenspekulation schuld, das trifft in besonderem Maße auf den Zucker zu. Er war vor allem das Objekt, an dem sich die Spekulanten bereicherten. Dabei soll auch gewiß nicht geleugnet werden, daß die Ernte einen ungünstigen Einfluß auf die Preise ausgeübt hat. Aber diese gewaltige Erhöhung des Preises ist doch darauf zurückzuführen, daß große Aufkäufe an Zucker gemacht und dadurch eine lebhaftere preissteigernde Nachfrage erzielt wurde, die dann geschickt benutzt, den Machern ungeheure Geldsummen auf Kosten des konsumierenden Volkes einbrachte.

Von den übrigen Lebensmitteln, deren Verteuerung für den Arbeiter besonders fühlbar geworden ist, sei noch das Fleisch angeführt. Wenn behauptet wird, daß die hohen Preise eine Folge unserer Wirtschaftspolitik seien, so ist das unrichtig. Die Futtermittelkrisis ist immer die Begründung für die Verteuerung abgeben. Dabei besteht für den kein Zweifel und für den vielgenannten Mais 1 M. pro D. Man sucht durch derartige Vorwürfe einen künstlichen Gegensatz zwischen Land und Stadt, zwischen Arbeiter und Bauer zu schaffen, weil man jenen weiß macht, daß die Futtermittelkrisis der Grund der Verteuerung sei. Tatsächlich hat aber nicht die Wirtschaftspolitik schuld an den hohen Fleischpreisen, sondern es sind die gewaltigen Ernten, des Zwischenhandels, die das Fleisch verteuern.

Wie schon oben erwähnt, hat gegen Schluß des Jahres in der Metallindustrie eine lebhaftere Entwicklung eingeleitet, die den Arbeitsmarkt günstig beeinflusst hat. Ob sie in der Folgezeit weitere Fortschritte macht, ist für einen Ausgleich der Löhne mit den Lebensmittelpreisen von der größten Bedeutung. In dieser Voraussetzung kommt aber noch ein anderes hinzu. Will der Arbeiterstand seine berechtigten Ansprüche an die Lebenshaltung sicher stellen, so muß er zuerst sein gegen die Faktoren, die ihn zurückdrängen wollen — seine Rüstung ist die Organisation und zwar die, welche unter Beibehaltung der heutigen Gesellschaftsordnung, seine dauernde Besserstellung anstrebt. Mein das Programm der christlichen Gewerkschaften verbürgt diese Forderungen. Möge das namentlich unsere deutsche Metallarbeiterchaft beachten und unausgesetzt für die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes Sorge tragen.

Sie ohrleigt sich selbst!

In Nummer 1 hatten wir die maßlos heberische Sprache der Schmiedezeiung in ihrer „Weihnachtspoesie“ unter die Lupe genommen. Bruder Schmied versucht jetzt sich herauszuwinden und meint: „Ob denn die Duisburgerin jenes Massensterben im Asyl der Berliner Obdachlosen noch nicht kannte?“ Mit Verlaub, was hat denn das Massensterben mit dem „knochig grauen Elend“ zu tun? In der antiken Erklärung, die wir dem „Vorwärts“ Nr. 7 vom 10. Januar entnehmen, heißt es: „Der Verdacht, daß die Massenvergiftungen auf den Gemüß von methyloalkoholhaltigem Schnaps zurückzuführen seien, ist

Die Gmünder Edelmetallindustrie.

Von Gewerbetätiger L. u. W. Schwenk.

Gmünd und Horzheim.

Der Wettkampf zwischen Gmünd und Horzheim steht zurzeit in einem Stadium, daß Gmünd in der Silberwarenherstellung an der Spitze marschiert, während die Herstellung von Doublewaren und die Massenfabrikation von Ketten und ähnlichen von Horzheim an sich gezogen wurde. Nicht als ob hier eine scharfe Trennung vorhanden wäre, als ob in Gmünd nur diese Spezialität gedeihen würde, in Horzheim die andere, vielmehr sind einzelne Produktionszweige in kleinerem Maßstabe in beiden Städten zu kräftigem Blühen gekommen. Ueber die heftigsten schnelle Entwicklung Horzheims im Gegensatz zu der in Gmünd ist schon viel geschrieben und gesprochen worden.

Neuerdings ist man mit Erfolg in Gmünd bestrebt, die Massenfabrikation in Silberwaren immer mehr auszubauen, um in jeder Hinsicht den Wettkampf mit anderen Städten und Firmen aufnehmen zu können. Als besonderer Mangel wird in Gmünd das Fehlen sog. Hilfs-geschäfte empfunden. Das sind solche Betriebe, die die mannigfachen Halbfabrikate zu liefern haben, die ver-möge ihrer hochentwickelten besonderen Einrichtungen von dem Betrieb, der die Fertigfabrikation in der Hand hat, nicht entbehrt werden können. Gegenwärtig treibt die Industrie mit aller Macht darnach, die Arbeitsteilung bis ins Kleinste durchzuführen, wodurch erfahrungs-

gemäß die Produktion als solche steigt. Dies trifft jedoch weniger für den feinen Juwelen-schmuck zu, der immer in erstklassiger Handarbeit angefertigt wird, was schon durch das überaus wertvolle Material bedingt ist. Dagegen ist in der Silberwarenherstellung und noch mehr in der Herstellung von Doublewaren die weitgehendste Arbeitsteilung rationell durchführbar.

Allerdings muß hervorgehoben werden, daß bei dem Kunstverständigen und kaufkräftigen Publikum eine inter-essante Neigung zu beobachten ist, die auch auf anderen Gebieten vielfach anerkannt wird. Man schätzt nämlich immer mehr den Wert einer guten Technik und einer soliden Handarbeit. Leider ist das kaufkräftige Publikum vielfach noch sehr unsicher in seinem Urteil, was gut ist und was nicht, sodaß man das beste Bild über dieses Gebiet dann bekommt, wenn man die neuere Ent-wicklung des Stils in der Edelmetallbranche sich ver-gewegenmäßig. Da ist man nun zurzeit in einem eigen-artigen Stadium angelangt. Während in der Architektur und in einzelnen Branchen des Kunstgewerbes schon ganz bestimmte innere Zeichen eines modernen Stils in gutem Maßstab erkennbar sind, wie z. B. in der Möbelindustrie, trifft dies auf die des Edelmetalls nicht zu. Hier kann sich merkwürdigerweise das laufende Publikum von dem Alt-hergebrachten nur sehr schwer trennen. Als bezeichnendes Beispiel sei daran erinnert, daß bei der Auswahl von Ehrenpreisen selten irgend ein guter Entwurf eines modernen Künstlers zur Ausführung gelangt, sondern man nimmt ein beliebiges Schema aus dem vorigen Jahr-hundert, und das wird nun mit einigen äußerlichen Embie-

men auf den speziellen Zweck vollends zugerichtet. So haben wir uns noch nicht freimachen können von dem bis zum Uebermaß getriebenen Kopieren der französischen Königsstife. Louis XVI. ist auch heute noch „modern“. Glücklicherweise sind jetzt ernsthafteste Anzeichen dafür auf-getreten, daß sogar die Franzosen selbst an dem Kopieren ihrer Nationalstife überdrüssig geworden sind, so daß an einer gesunden Weiterentwicklung im modernen Geist nicht gezweifelt werden kann.

Merkwürdig und auf die Kalkulation im Edelmetall-gewerbe sehr drückend wirkt die Tatsache, daß jedes Land völlig andere Muster und andere Techniken verlangt. Dazu kommt die äußerst weit getriebene Abstufung des Schmuckes für die einzelnen Klassen des kaufenden Publikums bei uns selbst. Der konservative Geist hinsichtlich der Ge-schmack- und Stilrichtung ist am meisten in den Kreisen jener Käufer ausgebildet, die die höchsten Preise zahlen können. Dort ist auch der Schmuck ein Stück Familien-besitz, den man gerne in den traditionellen Formen fest-gelegt haben möchte. Man will zwar neue Muster, aber keinen neuen Stil, und legt dafür große Summen an. Demgemäß bewegen sich die Entwürfe der Juwelenschnitzer immer in einem gewissen Abstand zu der modernen Kunst-richtung. Anders liegt die Sache jedoch bei der nächsten Gattung des kaufenden Publikums. Das ist die große Masse der Bevölkerung in den Großstädten, Scante, An-gestellte usw. Hier wird weit mehr auf Neuheit gesehen, und man will seine Sachen „zeitgemäß“. Demnach kauft man auch häufiger, aber selbstverständlicher begnügt man sich auch mit billigerer Ware.

durch die weiteren Untersuchungen zur Gewißheit geworden. Es hat sich herausgestellt, daß die im Fisch noch emittierten Reste von geräucherter Fische und von Pferdefleischbuletten kein Gift enthielten. Dagegen ist im Mageninhalt von Kranken Methylnalkohol nachgewiesen worden. Ferner waren die Krankheitserscheinungen bei den Vergifteten in Übereinstimmung mit denjenigen, die man bei einigen, in jüngster Zeit beobachteten Massenvergiftungen durch Methylnalkohol in Amerika, Rußland und Ungarn gesehen hat. In Deutschland war Gleiches noch nicht beobachtet worden.

Zu dieser Erklärung sagt der „Vorwärts“: „Besonders bemerkenswert ist in dieser Veröffentlichung, daß weder Fischgift, noch Fleischgift, also überhaupt nicht der sogenannte „botulinus“, als Krankheitserreger in Frage kommt.“ Nicht Hungersnot, sondern der Alkohol war Ursache des Massensterbens. Der Versuch der Schmiebezeitung, das an sich überaus traurige Vorkommnis in Berlin als Feigenblatt für ihre hegerische Sprache zu benutzen, ist also vollständig vorbeigelungen.

Im übrigen flunkert die „Schmiebezeitung“, wenn sie meint, wir hätten kein Verständnis für die Wünsche des Volkes. Wir brauchen uns gegen diesen Vorwurf nicht zu verteidigen, standen wir doch seit jeher in den vordersten Reihen, wo es galt, für die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes praktische Arbeit zu leisten. Was getroffen werden sollte, geht aus folgendem Abschnitt unseres Artikels hervor, auf den die Schmiebezeitung wohlweislich nicht eingeht:

„Es ist doch sonnenklar, daß die so unbarmherzig ausgeübten Massen bei Lohnbewegungen mit vernünftigen Erwägungen nicht zu halten sind. Die Balastrevolution der Maschinenfabrik beim jüngsten Tarifabschluß, die widerlichen Szenen nach dem Bauarbeiterkampf reden doch eine sehr deutliche Sprache. Und nun erst bei den „freien“ Metallarbeitern! Mannheim, Bielefeld, Samsburg, Berlin u. c., was dort geleistet wurde, war eine Folge der sozialdemokratischen Verheerung, hervorgerufen durch Phrasen a la „Fest der Hungersnot“ und „die hohen Lotenaugen“. Will man im „freien“ Lager dies nicht einsehen, dann heißt es eines guten Tages: „Die Rhodus, sic salta!“ Das Ende vom Liede ist Anarchismus und der Staatsanwalt hat dann leichtes Spiel. Wer eine solche maßlos hegerische Sprache führt, der darf sich nicht wundern, wenn die Massen sich gegen die notwendige gewerkschaftliche Disziplin auflehnen — zum Gaudium der sozialistischen Rabulistik, der Scharfmacher und aller sonstigen Arbeiterfeinde.“

Doch sich darüber den Kopf zu zerbrechen, fällt der „Schmiebezeitung“ gar nicht ein. Sie „macht weiter“ in Verheerung. Wir können sie vorläufig daran nicht hindern, jedenfalls aber leidet die Sache der Arbeiter durch die echt demagogische Hege ungeheuren Schaden.

Wäre die Sache nicht so bitter ernst, so könnte man über so etwas wirklich lachen. In der gleichen Nummer schließt sich das Blatt nämlich ungefähr unserem Urteil über die auch von ihm selbst fleißig betriebene Hege an. Aus dem Jahresrückblick des sozialdemokratischen „Correspondenzblattes“ übernimmt die Schmiebezeitung in zustimmendem Sinne u. a. folgende Stelle:

„Bedenklicher dagegen sind gewisse Erscheinungen, die in den letzten Jahren beim Abschluß von Lohnbewegungen und Kämpfen zutage traten und die sich geradezu häuften. Mehrfach sind in Versammlungen, die über die ernstesten Situationen zu entscheiden hatten, die Leiter und Angestellten der Organisation aus der Mitte der Versammelten in größtmöglicher Weise beschimpft, des Verrats und der Vesteuerung bezichtigt und sogar niedergeschrien worden. Dabei handelt es sich um das Vorgehen turbulenter Elemente gegenüber Kollegen, die in ihrer Berufsorganisation eine Lebensarbeit zum Wohle der Gesamtheit geleistet haben, die das Vertrauen der Kollegenschaft zu ihrem Votum berief und die auch heute noch unzweifelhaft das volle Vertrauen der großen Mehrheit der Kollegen genießen. Ein unglücklich bitteres Gefühl muß sich dieser Arbeitervertreter bemächtigen, die gerade in der verantwortungsvollsten Stunde ihres Lebens, wo von ihrem ehrlichen Rat die Lebensinteressen von Tausenden und das Interesse des ganzen Verbandes abhängt, schuldlos solchen Verunglimpferungen preisgegeben sind. Es läßt sich verstehen, daß angesichts solcher Erscheinungen das Problem der „Massen und Führer“ in ernsthafte Erwägung gezogen und die Entscheidung über den Abschluß von Kämpfen mehr und mehr dem Votum zufällig zusammengeführter Versammlungen entzogen wird. Daß die verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen nicht die Hand dazu bieten können, die Organisation einzelnen unverantwortlichen Versammlungsführern auszuliefern, liegt klar auf der Hand, denn sie haben der Generalversammlung Rechenschaft über ihre Wahrung der Verbandsinteressen abzulegen, und würden dort schlecht bestehen, wenn sie in gefährlichen Situationen das Schiff steuerlos mit dem Strome treiben lassen. Je mehr sich also bei dem Abschluß von Lohnkämpfen der Anflug der Verunglimpfung und Anpöbelung gegenüber Verbandsvertretern in Versammlungen breitmacht, desto entschiedener ist darauf zu dringen, die Gewerkschaftssitzungen beschleunigt zu regeln, daß nur Vertreterversammlungen über solche Situationen zu entscheiden haben.“

Im übrigen kann nicht dringend genug geraten werden, ein wachsames Auge auf die anarchistischen Elemente zu haben, die der Massenstrom von Jahr zu Jahr in immer größerer Zahl den Gewerkschaften zuführt und die mehr desorganisierend, zerstörend wirken. Schädigen sie das Gesamtinteresse der Organisation durch Hege gegen die verantwortlichen Verbandsleiter und durch Beschimpfung derselben in Versammlungen, dann gehe man rücksichtslos gegen diese Leute vor, ehe es zu spät ist. Hand in Hand mit dieser Reinigungsarbeit muß eine nachhaltige Erziehungsarbeit einleiten, die imstande ist, die Tausende neuerwonnener Mitglieder zu guten, wohl disziplinierten Gewerkschaftskämpfern zu machen. Ohne Organisationsdisziplin können Gewerkschaftskämpfe nicht erfolgreich durchgeführt werden, das gilt bei der gegenwärtigen Reizenaufbeziehung der Kämpfe und gegenüber den machtvollen Arbeitgeberverbänden mehr als je zuvor.“

Also Erziehungsarbeit und Befreiung von den anarchistischen Elementen soll die „freien“ Gewerkschaften retten. Die Einsicht kommt spät, doch sie kommt. Die Rute der anarchistischen Elemente haben sich die „freien“ Gewerkschaften über selbst gebunden.

Ihre maßlos hegerische Sprache unterscheidet sich durch nichts von der der ultraradikalen roten Parteipresse. Eine Probe davon geben wir aus der „Weihnachtsheft“ der „Schmiebezeitung“ wieder. Diese erklärt uns aber darauf: „Wir machen weiter!“ Gleichzeitig sagt sie jedoch auch, wie Figura zeigt: „Wir müssen die Masse zur Disziplin erziehen!“ Sie ohrfeigt sich also selbst. Die disziplinslose Masse, worüber „Correspondenzblatt“ und „Schmiebezeitung“ jammern, ist doch nur die natürliche Frucht der roten Hege, die diese Organe mit anderen in die Wette betreiben. Solange die „freie“ Gewerkschaftspresse sich davon nicht frei macht, sind alle Kassandarufe „für die Kasse“. Treffend sagt die „Genossin“ Lily Braun in ihrem Buch „Memoiren einer Sozialistin“ von der sozialdemokratischen Erziehungsarbeit:

„Der Respekt vor der Wissenschaft, zu dem der Sozialismus sich verpflichtete, ging Hand in Hand mit einem glühenden Verlangen nach Wissen. Bildungsschulen, wissenschaftliche Vorträge und Kurse kamen diesem Verlangen entgegen und propfien auf den lebensschwachen Baum der Volksschule ein Reis, unter dessen Früchten Dilettantismus und Bildungsbücherei am besten gedeihen. Wozu ernste Denker Jahrzehnte brauchen, das glaubte der Proletarier in ein paar Abendstunden erreichen zu können. Daß er es glaubte, war nicht seine Schuld: die Reibetät seiner Jugend unterstützte die Partei, die ihm in Wort und Schrift nichts mehr einprägte als die Ueberzeugung von der Dummheit der Gegner.“

Das ist der springende Punkt des Ganzen. Die Veruche der freien Gewerkschaften sich davon frei zu machen, werden Veruche bleiben, aus dem einfachen Grunde, weil sie machtlos sind gegen die katastrophenpolitische und sie andererseits mit den gleichen blutigen Phrasen die Massen füttern und aufpeitschen, wie ihre revolutionären Milchbrüder von der rabulischen Observanz. Solche, die sich dagegen stemmen, werden ans Kreuz genagelt. Die Scharfmacher triumphieren und die Massen sind die Betroffenen. Die christlichen Arbeiter aber ersehen daraus, wie notwendig die christlichen Organisationen im Interesse der Arbeiterchaft sind. Nur starke christliche Gewerkschaften können die Folgen der schädlichen Verheerung der Rabulistik wett machen. Darum arbeiten wir alle mit eisernem Fleiß an der Stärkung unseres Verbandes und unserer Gesamtbewegung.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise

gab, wie schon in einer Rundschau vom 1. in Nr. 1 bemerkt wurde, kürzlich seinen Bericht für 1910 heraus. In einem stattlichen Bande von 181 Spalten großen Formats ist die Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise wiedergegeben. Einleitend beschäftigt sich der Bericht mit der gesamten nicht gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung in Deutschland und kommt zu dem Ergebnis, daß durch diese 1910 ungefähr drei Millionen Stellen vermittelt wurden. Nachstehend lassen wir eine zusammengefaßte Uebersicht folgen. Auf die verschiedenen Arten nichtgewerkschaftlicher Nachweise entfallen vermittelte Stellen:

	1909	1910
Öffentliche Arbeitsnachweise	915 331	1 087 459
Arbeitgebernachweise	504 319	615 268
Arbeitnehmernachweise		300 000
Serbergen zur Heimat	133 899	159 119
Paritätische Facharbeitsnachweise		120 000
Innungsnachweise		200 000
Kaufmännische Vereine	30 467	35 712
Verein technischer Angestellter	1 812	2 026
Landwirtschaftliche Vermittlung:		
a) Ausländische Wanderarbeiter	80 052	102 907
b) Ständiges Personal	7 732	10 235
Industrielle ausl. Wanderarbeiter	9 093	10 419

Die ungeheure Zunahme der Vermittlungen bei den Arbeitgebernachweisen ist sicherlich auf die Tätigkeit des Zeichen nachweises und die Zwangsnachweise der Metallindustriellen zurückzuführen. Die Unternehmer nachweise weisen eine Zunahme der Vermittlungen von 411 000 oder 80 Proz. auf. Die öffentlichen Nachweise steigerten ihre Vermittlungen um 172 000 oder 20 Proz. Die Zahlen der öffentlichen Nachweise sind hieb- und schief, was von denen der Unternehmer nachweise nicht gesagt werden kann. Der Bericht meint von letzteren: Die Angaben der Arbeitgeber nachweise seien sehr problematischer Natur, weil von ihnen häufig Fälle, bei denen sie lediglich als Kontrollstelle dienen, als Vermittlungen gebucht würden. Sei dem wie ihm wolle, jedenfalls muß die Entwicklung des einseitigen Arbeitgeber nachweises aufmerksam verfolgt werden.

Der sogenannte paritätische Fachnachweis beansprucht ebenfalls unser Interesse. Ist er doch vielfach ein verkapptes Instrument für sozialdemokratische Monopolgefälle. Für 1909 ist von ihm überhaupt kein Material vorhanden. Im Reichs arbeitsblatt sind für 1910 113 702 vermittelte Stellen angegeben. Da nicht alle Nachweise berichtet, ist die gesamte Zahl der von ihnen vermittelten Stellen mit 120 000 nicht zu hoch geschätzt.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die öffentlichen Arbeits nachweise immer größere Bedeutung erlangen. Ueber eine Million Stellen wurden 1910 durch sie besetzt. Ihre Vermittlungs-Tätigkeit erstreckt sich auf alle Berufe und Gewerbe. Für die verschiedenen Erwerbszweige werden folgende Vermittlungen nachgewiesen:

	1909	1910
Land- und Forstwirtschaft	52 683	62 441
Bergbau, Hütten und Salinen	937	928
Industrie der Steine und Erden	3 700	4 918
Metall- und Maschinenindustrie	54 650	71 677
Chemische Industrie	1 797	1 588
Textilindustrie	7 495	6 828
Papierindustrie	7 193	8 806
Leberindustrie	12 231	12 375
Holzindustrie	48 445	68 178
Nahrungs- und Genussmittel	21 350	27 250
Bekleidung und Reinigung	37 184	39 791
Hausgewerbe	52 838	54 920
Grubliche Gewerbe	6 361	7 807
Rundgewerbe	3 212	2 750
Maschinen, Heizer und Fabrikarbeiter	30 444	33 190
Handelsgewerbe	3 415	3 398

	87 629	83 346
Gast- und Schankwirtschaft		
Sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste	438 263	555 262
Freie Berufe	3 738	4 995
Zehrlinge aller Berufsarten	5 941	6 468

Diese berufliche Zusammenstellung der erzielten Vermittlungen durch die öffentlichen Nachweise erscheint erstmalig. Aus ihr ist weiter ersichtlich, wie sich die Stellenvermittlung in unserer Industrie gestaltet. Im Jahre 1910 wurden vermittelt für: Goldarbeiter 4361, Metall-Gießer, Dreher, Brüder, Gürtler, Polsterer, Pfeifer, Schleifer und Kupfer Schmiede 4065, Suf-, Beschlag-, Wagen- und Grob schmiede 7181, Dauschlösser 14 375, Klempner, Flaschner, Ebengler, Installateure 11 749, Eisen dreher, Bohrer, Korner und Kunstschmiede 5022, Maschinen schlösser, Werkzeugmacher, Mechaniker und Kesselschmiede 8224, Installateure und Monteure für elektrische Anlagen 1764, Heizer und Maschinisten 1997, Sonstige Metallarbeiter 951.

Der Bericht zählt in einer Tabelle 52 Arbeits nachweise auf, die mindestens 250 männlichen oder 150 weiblichen Metallarbeitern Stellen hermittelten. Siebzehn öffentliche Arbeits nachweise vermittelten je über 1000 Stellen für Metallarbeiter. Berlin 6234, Stuttgart 5621, Wörzheim 4956 darunter 4296 Gold- oder Silberarbeiter, München 3555, Frankfurt a. M. 2668, Posen 2244, Augsburg 1515, Magdeburg 1460, Hannover 1337, Mannheim 1310, Köln 1240, Freiburg i. B. 1232, Solingen 1219, Warmen 1218, Färth 1181, Karlsruhe 1152 und Kiel 1146. Ganz enorm, von 3674 in 1909 auf 6234 in 1910 steigerte Berlin seine Vermittlungen. Straßburg i. E. dagegen sank im gleichen Zeitraum von 1039 auf 933. Merkwürdigerweise sind für Düsseldorf und Dortmund keine Angaben gemacht. Erstere Stadt vermittelte 1909 noch 2074 und letztere 1627 Stellen für Metallarbeiter.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß zu Beginn des Jahres 1911 insgesamt 475 gemeindliche oder gemeindlich unterstützte Arbeits nachweise vorhanden waren. In Preußen sind 266, Bayern 67, Sachsen 43, Württemberg 16, Baden 18, Hessen 27, Sachsen-Weimar 3, Oldenburg 2, Braunschweig 3, Koburg-Gotha 2, Anhalt 3, in Schwarzburg-Rudolstadt, Sondershausen, Lippe und Südbel je 1, Elsaß-Lothringen 17 und je 2 in Hamburg und Waldd.

So bietet denn der Bericht eine Menge beachtenswerter Material, an dem unsere Kollegen nicht achtlos vorübergehen dürfen. Die Arbeitsvermittlung ist eine wichtige Frage unserer Zeit, um welche schon mancher heftige Kampf geführt werden mußte.

Aus der Arbeiterbewegung.

Zur Beendigung der westfälischen Tabakarbeiter-Aussperrung

werden wir seitens der Leitung des christlichen Tabakarbeiterverbandes um Aufnahme folgender Notiz gebeten:

Zu Anfang der vorigen Woche hat die große Tabakarbeiteraussperrung in Westfalen und Norddeutschland ihr Ende gefunden. Dieser große Kampf hat fast ein Vierteljahr gedauert und wurde von beiden Seiten mit der größten Ausdauer und Hartnäckigkeit geführt. Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß hier um ein großes Ziel gekämpft wurde. Wenn auch der äußere Anlaß ein sehr geringfügiger war, so kam in dieser von den Arbeitgeber verhängten Aussperrung doch der allgemeine Entwicklungsgang zum Ausdruck. In der Tabakindustrie haben sich die Unternehmer erst in den letzten Jahren zusammengeschlossen. Der Westfälische Fabrikantenverband gehört zu den bestorganisierten in diesem Berufe. Der Kampf war also eine Folge der organisierten Entwicklung in Tabakgewerbe.

Dem Abschluß der Aussperrung gingen langwierige Verhandlungen voraus, die von dem Landrat in Minden, Herrn Dr. Cornelissen, mit großem Geschick geführt wurden. Das Endergebnis ist so ausgefallen, daß die Tabakarbeiter mit dem Erfolg zufrieden sein können. Die Aussperrung war unternommen worden, um die in zwölf Betrieben streikenden Arbeiter zu zwingen, unter den vom Fabrikantenverband diktierten Bedingungen wieder in die Betriebe zu gehen. Nimmehr sind in diesen Betrieben eine ganze Anzahl von Bewilligungen gemacht worden und darüber hinaus ist in Aussicht genommen, daß bis zum Frühjahr die Fabrikanten der Regelung der Lohnfrage näher treten, sodas also nicht nur die streikenden Arbeiter in den Genuss von Verbesserungen gelangen sollen, sondern auch die ausgesperrt gewesenen. Dazu kommt, daß nicht nur die beabsichtigte Schwächung der Organisation nicht erreicht worden ist, sondern es sind ganz gewaltige Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht worden.

So stellt sich dieser Erfolg der Tabakarbeiter, an dem der christliche Tabakarbeiterverband hervorragenden Anteil hat, als ein bedeutungsvoller Schritt nach vorwärts dar. Die christlichen Tabakarbeiter sprechen allen Kollegen anderer Berufe, die zum Gelingen des großen Kampfes beigetragen haben, ihren wärmsten Dank aus.

Parität und rote Herrschaft.

Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften beim Abschluß von Tarifverträgen kein ausgesprochenes Arbeitsmonopol durchsetzen können, versuchen sie wenigstens die Arbeitsvermittlung ganz in ihre Hände zu bekommen, was im Effekt einem Tarifmonopol gleichkommt. Leider gibt es Unternehmergruppen, die dieser organisations-egoistischen Versuchung der sozialdemokratischen Führer Konzessionen machen. So war es auch bei einem Tarifabschluß im Münchener Töpfergewerbe 1908 geschehen. Eine Bestimmung in diesem Tarifvertrag besagt folgendes:

„Alle etwa nach Inkrafttreten dieses Vertrages hier auftauchenden oder zugereisten unorganisierten Arbeitnehmer sind nur an die Filiale München des Zentralverbandes der Töpfer Deutschlands zu verweisen.“

Damit war dem sozialdemokratischen Verband der Arbeits nachweise vollständig ausgeliefert, ein geradezu zwingendes Agitationsmittel in die Hände gespielt. Dabei war in der Einleitung ausdrücklich als Zweck des Tarifvertrages vermerkt: „Das Hafnergewerbe in München und Umgegend zu fördern.“ Wie jetzt von den interessierten Arbeiterblättern mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber im Münchener Töpfergewerbe diesen Arbeitsvertrag gekündigt, um das sozialdemokratische Arbeits nachweismonopol durch eine paritätische Arbeitsvermittlung unter der Kontrolle der Arbeitgeber zu erzeugen.

Dazu bemerkt die christliche Keramik- und Steinarbeiterzeitung in ihrer Nr. 1/1912: Die Bahn wäre also wieder frei für alle diejenigen Töpferkollegen, die sich eine christliche Ueberzeugung bewahrt haben, damals aber dem Zwang sich unterwerfen mußten nur der Not gehorchend nicht aber dem eigenen Triebe, dem

roten Köpferverband sich anschließen mußten; — sie wäre jetzt frei zum Uebertritt in den christlichen Keram- und Steinarbeiterverband.

Der christlich und national gesinnte Teil der deutschen Metallarbeiterschaft aber mag sich die Folge durch Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes dafür sorgen, daß in unserer Industrie rote Arbeitsmonopole keine weitere Verbreitung finden und die schon bestehenden wieder aus dem Wege geräumt werden können. Denn daß auch unsere Metallgenossen nach Möglichkeit den Grundsatz „entweder rot oder kein Brot“ in die Praxis umzusetzen bestrebt sind, das hat die „Metallarbeiterzeitung“ noch in ihrer Nr. 5/1911 mit scharfer Offenheit eingestanden mit den Worten:

„Man kann keine allgemeine Regel darüber aufstellen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in tariffreien Betrieben auszuschließen. So etwas muß von Fall zu Fall entschieden werden.“

Das heißt zu deutsch: Wo wir Sozialdemokraten die Macht in Händen haben, werden wir sie in jedem Falle gegen Andersgesinnte in Anwendung bringen; da ist uns der Terrorismus, die Hungerpeitsche ein „kulturförderndes Mittel“, weil wir dadurch die andersdenkende Arbeiterschaft in unsere Organisationen zwingen können. — Es liegt an uns, diese bunten Klänge undbuhamer Fanatiker zu vereiteln und uns auch als christliche Arbeiter unser Recht auf die Arbeitsstelle zu sichern. Stärken wir darum allerorts unsere Organisation, denn Parität über die Genossen nach dem Eingekündnis der „Metallarbeiterzeitung“ nur da, wo sie müssen.

Wie geschwindelt wird.

In der sozialdemokratischen Presse wurde kürzlich unter der Ueberschrift „Schwarze Fanatiker“ die Nachricht verbreitet, auf einer Biegelei in Jmmensen hätten „strenge Katholiken und Anhänger der zentrumschristlichen Gewerkschaften“ einen sozialdemokratisch organisierten Mitarbeiter schikaniert und schließlich in roher Weise mißhandelt, sodaß er aus mehreren Kopfschunden gelutet hätte. Grund: Weil der Sozialdemokrat erklärt habe, daß er Weihnachten nicht in die Kirche ginge.

Wenn diese Geschichte nicht direkt aus der Luft gegriffen ist, so ist sie zum mindesten erlogen, soweit die christlichen Gewerkschaften damit in Verbindung gebracht werden. Denn die haben dort gar keine Mitglieder, die auf Biegeleien beschäftigt sind. Von den christlichen Organisationen hat lediglich der Bauarbeiterverband in Jmmensen eine Anzahl Mitglieder, die aber evangelisch, also keine „strenge Katholiken“ sind. Die von der sozialdemokratischen Presse mit einem großen Aufwand von Entrüstung verbreitete Nachricht erweist sich somit als eine der vielen Wahllügen, die zur Zeit die Spalten der sozialdemokratischen Blätter füllen.

Rundschau.

Den Balken im eigenen Auge übersteht einmal wieder die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“. In ihrer Nr. 2/1912 wirft sie uns vor, wir hätten den Hofschreib des Genossen Westmeier, der sich bekanntlich in einem bürgerlichen Blatt über die plammäßige Ausfütterung und Ehrabschneiderei seitens der sozialdemokratischen Partei beklagte, „mit Behagen breitgetreten“. Des Weiteren rücht das Blatt seinen Lesern die einer recht trübten Quelle (Wochener Volksblatt) entnommenen angeblichen „Erlebnisse eines Flugblattverbreiters im Münsterlande“ auf, womit die gresulichen Resultate der „christlichen“ Erziehung im Münsterlande bewiesen werden sollen. Die ganze Notiz sieht aber im übrigen den augenblicklich so zahlreich umherschlatternden berühmten roten Wahlenten so ähnlich, daß es schade wäre, ein Wort darüber zu verlieren. Uns interessiert hier nur die echt pharisäische Schlussbemerkung, die die „Metallarbeiterzeitung“ aus eigenem Munde sagt: „(Vorsetzung folgt solange, bis das Organ des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes sich eine anständigere Schreibweise angewöhnt.“

Na, na! Die „Metallarbeiterzeitung“ macht sich wirklich dreißig in der Rolle des Splitterrichters. Just das Blatt, in dem ein „Fegramm“, „Brutus“, „Bz“, „Spartakus“, „F.“ u. c. seit Jahren ihren „Schutt“ abladen und nicht nur nach Herzenslust „mit Behagen breitgetreten“, sondern auch von Zeit zu Zeit nach Spagenaart immer und immer wieder auseinanderharrten und wenden dürfen, ist doch wahrhaftig die allerungeeignete Instanz, über anderer Leute „Schreibweise“ zu Gericht zu sitzen. Solange die „Metallarbeiterzeitung“ nicht davon abläßt, den Massen in der einseitigen und wehrlichsten Weise immer und immer wieder die Sozialdemokratie als den einzigen Retter des Arbeiterstandes anzupreisen, solange erachten wir es als unsere Pflicht, den Massen von Zeit zu Zeit auch einmal die Lehrtöne der Rebelle zu zeigen. Wenn diese Seite der Sozialdemokratie, die den Massen der Arbeiterschaft von der „Metallarbeiterzeitung“ angeblich vorenthalten wird, dann manchmal ein so abgipfeltes Bild moralischer Verfaulung und Verkommenheit aufweist, so ist das doch wahrhaftig nicht unsere Schuld. Einen Rückschlag auf die verirrte Geschmacksrichtung der „Metallarbeiterzeitung“ legt aber ohne Zweifel der von ihr uns gemachte Vorwurf nahe, wir hätten den Schmutz aus dem roten Lager „mit Behagen breitgetreten“. Ach nein, Berychte, Schmutz ist bei uns und jedem noch normal empfindenden Menschen im Gefühl aus, welches man zu deutlich mit Uel zu bezeichnen vermag. Keine Pflicht ist uns auch deshalb unangenehmer als die, die Arbeiterschaft immer wieder auf die Gefahren der giftigen Schlammhülsen des roten Sumpfes hinzuweisen zu müssen. Von dem Moment an, wo die „Metallarbeiterzeitung“ es erlaubt, die Arbeiterschaft auf die gefährlichen roten Sumpfhülsen zu laden, sind auch wir der Pflicht der Warnung erhaben.

Die Gebühren der Rechtsanwälte im Rechtsverfahren der Arbeiterversicherung sind wesentlich erhöht worden. In Zukunft erhält der Rechtsanwalt, wenn er beim Versicherungsamt tätig ist, 3 bis 50 Mark, beim Überversicherungsamt 3 bis 50 Mark und beim Reichsversicherungsamt 5 bis 100 Mark. Werden mehrere Streitfälle zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung verbunden, wird die Vergütung für die Anwalt nur einmal gewährt. Für die Teilnahme an Beweisverhandlungen außerhalb des Sitzes der Versicherungsbehörde kann, wenn die Anwesenheit des Rechtsanwalts geboten war, außer der Vergütung eine angemessene Entschädigung zugewilligt werden. Kosten für Reisen zur mündlichen Verhandlung oder zu anderen Zwecken sowie sonstige Auslagen werden neben der Vergütung nicht erstattet, jedoch ist bei Festsetzung der Vergütung innerhals der gezogenen Grenzen auch auf Schreibgebühren, Postgebühren und sonstige Auslagen Rücksicht zu nehmen. Für die Zu-

baliden- und Hinterbliebenenversicherung ist die neue Gebührenordnung am 1. Januar in Kraft getreten. Für die anderen Zweige der Reichsversicherung hat sie von dem Tage an Gültigkeit, wo die betr. Vorschriften für das Verfahren in Kraft gesetzt werden.

Die freien Hilfsklassen müssen nach der Reichsversicherungsordnung, abgesehen von anderen Bedingungen zugelassen werden, wenn sie mehr als 1000 Mitglieder zählen. Es können vom Minister auch solche Hilfsklassen zugelassen werden, die weniger wie 1000 aber mehr wie 250 Mitglieder haben. Man konnte aber auf Grund der Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung von vornherein annehmen, daß diesen Klassen nicht leicht die Genehmigung erteilt werde. Tatsächlich hat denn auch der Minister für Handel und Gewerbe in einem Bescheid vom 21. November 1911 an den Regierungspräsidenten in L. erklärt, daß er diese Genehmigung grundsätzlich verweigere. Der Bescheid lautet nach dem Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung wörtlich:

„Ich werde von der Befugnis aus § 503 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, wonach die in Abs. 1 a. a. O. für die Zulassung der eingeschriebenen Hilfsklassen als Ersatzklassen vorgeschriebene Mindestmitgliedszahl herabgesetzt werden kann, grundsätzlich keinen Gebrauch machen. Sie wollen die Kranken- und Sterbefälle für sämtliche Berufsstände in N. (L. H.) hiernach beschreiben und zugleich darauf hinweisen, daß es ihr überlassen bleibt, als Zusatzklasse ihren Mitgliedern neben den ihnen von den Krankenkassen geleisteten Unterstützungen weitere Ansprüche zuzusichern. gez. Dr. Sydow.“

Die in Frage kommenden Hilfsklassen werden also gut tun, sich rechtzeitig darauf einzurichten.

Eine neue sozialpolitische Melodiegung der Industrie, nennt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in ihrer Nr. 34 vom 10. Januar die Bestrebungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt zur Pflege der schulentlassenen Mädchen. Die Zentralstelle hat nämlich für den Frühommer 1912 eine Tagung nach Danzig einberufen, auf welcher diese Frage behandelt werden soll. Zur Klärung der Frage wird gegenwärtig eine Erhebung veranstaltet, die sich auf alle Städte und Gemeinden erstreckt, welche mehr als 6000 Einwohner haben. Durch die Erhebung soll ein allgemeiner Ueberblick gewonnen werden über Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse, Ausbildung, Berufe u. der jungen Mädchen. Da der Ministerial-Erlaß über die Jugendpflege sich vornehmlich auf die männliche Jugend erstreckt, will die Zentralstelle durch ihre Untersuchungen die öffentliche Aufmerksamkeit auf die jungen Mädchen lenken. Das ist gewiß sehr loblich und begründungswert. Anders denkt die Kohlentante. Es könnte etwas kosten und das verurteilt ihr Magenstärker. Das alldutsche Blatt merkt garnicht, daß es sich selber ins Gesicht schlägt. Zur Durchführung seiner weltpolitischen Pläne sind doch Soldaten nötig. Ohne gesunde Mütter gibts die aber nicht. Mithin sollte sich die Kohlentante eigentlich freuen, daß die Zentralstelle sich um die Mädchen kümmert. Doch soweit denkt sie nicht in ihrer Abneigung gegen die Fortführung der Sozialpolitik. Aber es geht auch ohne sie.

Die Roheisenherstellung in Deutschland und Luxemburg erreichte im verfloffenen Jahre mit 15 534 223 Tonnen den bisher höchsten Stand. Die Steigerung gegen 1910 beträgt ungefähr 1/4 Millionen Tonnen. Das ist ein erfreuliches Zeichen und gibt der Gewissheit Raum, daß auch in diesem Jahre die Metallindustrie auf ausreichende Beschäftigung rechnen kann. Roheisen ist kein Lagerartikel, sondern wird weiter verarbeitet. Hinsichtlich der einzelnen Sorten steht das Thomaseisen mit 9 851 113 Tonnen an der weitesten Stelle; die Mehrerzeugung beträgt gegen das Vorjahr 512 152 Tonnen. Gießereiroheisen wurde 3 063 583 T. produziert, die Zunahme betrug 97 773 Tonnen. Die Produktion von Stahl- und Spiegeleisen betrug 1 733 280 T., Zunahme 361 084 Tonnen. Bessemerroheisen wurden 374 456 Tonnen hergestellt; das sind 96 911 Tonnen weniger als im Vorjahr. Ebenso ist die Produktion von Puddelroheisen um 133 200 Tonnen zurückgegangen, hergestellt wurden 511 792 Tonnen. Die Entwicklung der Roheisen-Gewinnung in den einzelnen Bezirken zeigt die folgende Zusammenstellung:

	1910 (Tonnen)	1911 (Tonnen)
Rheinland-Westfalen	6 514 496	6 830 945
Siegerland-Westfalen-Rheinl.	773 814	808 438
Schlesien	900 985	963 025
Mittel- und Ostdeutschland	767 588	799 210
Saarbezirk	1 197 698	1 219 707
Lothringen u. Luxemburg	4 394 074	4 622 388
Bayern, Württemberg, Thüringen	245 220	290 509

In allen Bezirken ist mithin die Roheisenerzeugung gestiegen. Die größte Steigerung weist Rheinland-Westfalen auf.

Aus der Metallindustrie. Die Breslauer Eisen-großhändler haben die Preise für oberösterreichische Abfallbleche um 10 M., für Grobbleche, Wandbleche und Tafelbleche um 5 M., für Fluß- und Schweißbleche um 2,50 M. die Tonne erhöht. — Die niederrheinisch-westfälische Gruppe für Bau- und Maschinenbau des Vereins deutscher Eisenwerke hat beschlossen, eine Preishöhung um 2 Mark für 100 Kilo und 10 Prozent auf die Stückpreise eintreten zu lassen, infolge der schnell steigenden Preise für Rohstoffe. — Der Verein Deutscher Nähmaschinen-Fabrikanten hat eine Erhöhung der Preise für Nähmaschinen einstimmig beschlossen.

„Kapitalistische Ausbeuter und Profitgier“ lautet der herborstehende Kampfruf der Genossen. Damit wollen sie sagen, daß Brüder, Großhändler und Fabrikanten unverdiente und unberechtigte Gewinne einstreichen. Als Heilmittel dagegen empfehlen sie die „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel. Auch im Augenblick schon durch Bildung von Genossenschaften, welche preisregulierend wirken, Abhilfe möglich. Letzterem Grundsatz stimmen wir bei. Worte und Taten sind bei den Genossen aber „zwei Paar Stiefel“. Dafür einen weiteren Beweis: In Wien und auch Innsbruck besteht eine sozialdemokratische Genossenschaftsbäckerei. Die letztere ist ein Zweigbetrieb der Wiener Genossenschaft. In Wien kostet nun ein Kilogramm Brot 30 Heller in Innsbruck aber 42 bis 50. Woran liegt das? — Die Antwort ist einfach: weil in Innsbruck die bürgerlichen Bäckereien nicht billiger liefern, braucht auch die „Arbeiterbäckerei“ kein Preisregulator zu sein. In Graz und Leoben befinden sich ebenfalls solche „Arbeiterbäckereien“, und auch in diesen Städten ist das Brot um 50 Prozent teurer als in Wien. Die Genossen dürfen also ihre Genossenschaften nicht als Preisregulatoren hinstellen. Sie sind vielmehr „Ausbeuter“, „Blutsauger“, „Profitgier“ u. c.

„Harmoniedufler“ nennt Professor Biegler-Stutgart in „Tag“ vom 6. Januar die Sozialdemokraten wegen ihrer Haltung in der auswärtigen Politik. Er schreibt u. a.:

„Die Kämpfe im Innern des Staates, der „Klassenkampf“ und die Lohnkämpfe sind ihr (der Sozialdemokratie) Lebenselement, aber in bezug auf die äußere Politik gibt sie sich der Illusion hin, daß man durch Einschränkung der Rüstungen dem Frieden dienen könne. Bei den sozialen Kämpfen haben die Sozialdemokraten für die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine die Bezeichnung „Harmoniedufler“ erfunden, um ihre relativ friedlicheren Bestrebungen in der Regelung des Arbeitsverhältnisses zu verhöhnen, aber in bezug auf die äußere Politik paßt dieses Wort am allerbesten für sie selbst. In vollem Widerspruch zu allen Lehren der Geschichte halten sie an dem Uebertan fest, daß nur etwas guter Wille dazu gehöre, um ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker zu erreichen. Wenn die Sozialdemokratie die Herrschaft im Staate hätte, so würde sie in der äußeren Politik mit der beabsichtigten Völkerverbrüderung ebenso Schiffbruch leiden, wie in der inneren Politik die gedachte „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ sich als undurchführbar erweisen würde.“

Einer solch widerspruchsvollen Gesellschaft, wie sie hier treffend geschilbert ist, kann kein christlicher Arbeiter seine Stimme geben. Darum „Nieder mit der Sozialdemokratie!“ „Hoch Vaterland und Sozialreform!“

„Bernunftmonarchist“ nannte sich nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Nr. 29/12) der Reichstagskandidat der Magdeburger Sozialdemokraten. Auch habe er nach Möglichkeit den Genossen vorzuziehen. Dieser Mandatsbewerber, Rechtsanwalt a. D. und „Genosse“ Landsberger hatte auf dem Parteitag in Jena bekanntlich eine wunderbare Auseinandersetzung über „lange Ohren“ und „Reinlichkeit“ mit Stadthagen. Sind das schon keine erbauliche Dinge, so wirkt die Propaganda des sozialdemokratischen Organs in Magdeburg für ihn wie eine Tragödie. Es bringt einen Artikel: „Die da nehmen im Gegenwartsstaat“, worin die Millionäre Magdeburgs zusammengefaßt werden. Nun versteuert der sozialdemokratische Kandidat für Magdeburg, Rechtsanwalt a. D. Landsberger ein Jahres Einkommen von 60 000 M. Da er seiner Rechtsanwaltspraxis nicht mehr nachgeht, so dürfte diese Jahreseinnahme ein reines Renteneinkommen sein, der sozialdemokratische Kandidat ist also selbst Millionär. — Das ist ja nichts Neues — die sozialdemokratischen Führer sind zu einem nicht geringen Teil selbst fette Kapitalisten — aber das sozialdemokratische Blatt bringt die Liste der Magdeburger Millionäre und — vergißt ausgerechnet den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten! — „Proletarier aller Länder beruhigt Euch!“ Der rote Millionär ist nun gewählt und — der Champagner wird billiger werden.

Die „Tarifstreue“ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes wird durch einen Vorgang, der nichts anderes wie brutaler Terrorismus ist, einmal wieder gekennzeichnet. In den Altonaer Nachrichten war ein Faktor, der den Verbändlern nicht gefiel. Sie verlangten dessen Entlassung. Die Forderung wurde abgelehnt, worauf die Erklärung seitens der Verbandsmitglieder erfolgte, daß sie dann die Arbeit niederlegten.

„Da nun die rechtzeitige Fertigstellung der Zeitungen in Frage gestellt war“, berichtet das sozialdemokratische Hamburger Echo (Nr. 283/11), „kamen Verhandlungen zustande mit dem Replikat, daß der Faktor mit dem 1. Januar 1912 zu entlassen sei, ihm das Recht der Kündigung sofort entzogen wurde und sämtliche Kollegen ihre Plätze wieder einnehmen konnten. Allgemein anerkannt und dem Personal einer „anderen großen Druckerei“ zur Nachahmung empfohlen.“

Mit Ausnahme des letzten Satzes bringt der „Korrespondent“, das rote Buchdruckerorgan, diesen Besammlungsbericht (Nr. 140) ebenfalls. Nach einer Verurteilung des tarifwidrigen und terroristischen Verhaltens der sozialdemokratischen Buchdrucker sucht man vergebens. Hierzu findet der „Korrespondent“ nur Worte, wenn es sich um Scherf, Ullstein, Mosse e tutti quanti handelt.

Den sozialdemokratischen Parteihauptklingen wünscht die ultraradikale „Einigkeit“ in ihrem Neujahrsartikel allerlei schöne Sachen. Einige Proben seien daraus wiedergegeben:

Richard Fischer den Posten des ersten Reichsanwalts sowie die Konstituierung des Straßenrats und den Lebziger Arbeitern die Mobellierung tragfähiger Laternenpöppel für den Fall eines Falles.

Der Sozialdemokratie wünschen wir sämtliche Reichstagsmandate. Den Abgeordneten ein Beschloß auf die Seite, damit sie die heißersehten Sessel am Hintern herumtragen müssen bis ans Ende ihrer Tage.

Karl Legien gönnen wir ein Schmollitz mit dem Reichsarbeitsamt.

Rosa Luxemburg, Pannetoeck, Rautsky usw. Mut und Schere zum Abschneiden der sozialdemokratischen Nabelschnur.“

Diese Wünsche für die Wellbeglüder sind nicht übel, womit aber nicht gesagt sein soll, daß wir uns ihnen anschließen. Nur den Grad der „Diebstahlswürdigkeit im Umgang“, welcher im Genossenlager herrscht, wollten wir mit der Wiedergabe obiger Proben kennzeichnen.

Das Volk wird gegenwärtig von den Sozialdemokraten wieder nach allen Regeln der Kunst eingeseift. „Nur Sozialdemokraten vertreten Arbeiterinteressen“, schwindeln sie. Da ist es nämlich, die einseitigen Schwindeltrouneure und gewerkschaftlichen Volksverbeherer an ihre schmachtvolle Haltung geknüpft der Borussia-Interpellation zu erinnern. Durch das entsetzliche Unglück auf der See Borussia hatten bekanntlich 39 Bergleute das Leben verloren. Die sozialdemokratische Partei interpellierte deswegen den Reichskanzler. Am Tage der Verhandlung glänzten aber die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage durch Abwesenheit und die Verprechung des Unglücks fiel ins Wasser. Bei den Arbeitern — auch den sozialdemokratischen — machte sich die Ansicht geltend: Wäre es der Sozialdemokratie mit ihrer Interpellation über das Borussiaunglück ernst gewesen, so hätte sie auch sorgen müssen, daß der Antrag die notwendige Unterstützung fand. Die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung sah sich durch den Unwillen in den Arbeiterkreisen veranlaßt, in ihrer Nummer 7 vom 17. Februar 1906 zu schreiben:

„Als dann die Besprechung der Interpellation beantragt wurde, fehlten die nötigen 50 Unterstützungen des Antrages. Die sozialdemokratische Fraktion war nicht genug vertreten, was eine entscheidende Rüge verdient.“

Auf dem Parteitag in Mannheim wurde dieser Stand-
 löse Vorgang besprochen. Genosse Scheibe berichtet dabei,
 daß die Partei für die Saumseligkeit der Abgeordneten 12 000
 Mark habe ausgeben müssen, um die Masse einzufassen. Ist
 das eine Arbeitervertretung! Erst müssen die Genossen zu-
 sehen, wie ihre Vertreter den Reichstag schwänzen, statt ihre
 Interessen zu vertreten, und dann müssen sie zahlen, damit
 man ihren berechtigten Groll mit einer Broschüre besichtigen
 kann. Die allerhöchste Rolle auf dem Parteitage spielte der
 Vergaberichter Otto Hue. Anstatt dem Genossen Scheibe
 zuzuhören, setzte er ihn folgendermaßen ab:

„Wenn Scheibe sagt, die schwache Befehung der Frak-
 tion bei der Beratung der Vorussia-Interpellation habe
 uns 12 000 M. gekostet, die eigentlich die Fraktion be-
 zahlen müßte, so möchte ich ihn zuerst einmal bitten, das,
 was er uns durch seine Rede verborben hat, aus seiner
 Tasche zu zahlen. (Sehr gut!) Scheibe hätte sich mit der
 sachlichen Darstellung... zufrieden geben sollen, um so
 mehr, als auf einer Konferenz von Parteifunk-
 tionären er auch anwesend war, wo man sich gründlich
 ausgesprochen und dann geeinigt hat, über diese Sache
 nicht mehr zu sprechen.“ (Prot. S. 214.)

Also Maulhalten ist nach Hue erste Pflicht. Wer kritisiert,
 wird als Mördler gehängt. Gerade so soll's auch in Rußland
 sein. In Rußland kann man solche Leute wählen? Niemand!
 Darum: Nieder mit der Sozialdemokratie! Damit sie als
 Volksvertreter a. D. Zeit zum Essen haben.

Streits und Lohnbewegungen.

Schweizer. Bei der Schweizer-Matinger Maschinenbau-
 Aktiengesellschaft, Abteilung Schweizer-Aue, sind die schwe-
 benden Differenzen erneut in ein ernstes Stadium getreten.
 Der Direktor hat sein Versprechen, über die Differenzpunkte
 mit den Arbeitervertretern zu verhandeln, bis jetzt nicht ein-
 gehalten. Ueber den Betrieb ist deshalb wieder die Sperre ver-
 hängt worden. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist
 jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch
 nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung ein-
 zulegen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Ruin fort.

W. Gladbach. Die Firma Scheidt und Bachmann,
 Eisenbahnfabrik-Bauanstalt und Eisenwerk, hat ihre ge-
 samte orantionale Arbeiterschaft ausgesperrt. Zugang ist streng
 fernzuhalten.

Meppen. Die Meppener Eisenhütte ist für Metall-
 arbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des
 Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zwiflängen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik
 für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausge-
 brochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und
 Tischlern ist streng fernzuhalten.

Gevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schür-
 hoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beilegung von Miß-
 ständen und Durchführung einer Lohnhöhung im Streit.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma
 Schrörs stehen im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgelaufenen
 Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner-
 und Installationsbranche gesperrt. Zurückgehende Kollegen ha-
 ben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen
 Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Samm i. Westf. Bei der Firma Reckmann
 stehen die Schleifer in einer Bewegung. Zugang ist streng
 fernzuhalten.

Schweizer. Bei der Firma Schweizer-Matinger
 Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind Differenzen ausgebrochen.
 Zugang von Eisendreher, Hoblern, Fräsern etc. ist streng
 fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund-Annen. Die Sperre über die Gießerei
 der Firma Krupp ist aufgehoben.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende
 Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag,
 den 21. Januar 1912 der vierte Wochenbeitrag für die
 Zeit vom 21. bis 27. Januar 1912 fällig.

Die Verwaltungsstellen Görlitz und Halle a. S. erhalten
 die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbei-
 trages von 10 Pfg. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat
 den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Abrechnung vom IV. Quartal muß späte-
 stens bis Ende Januar eingekandt werden. Wir ersuchen des-
 halb alle Ortsgruppen, die bis jetzt noch nicht abgerechnet
 haben, in der nächsten Woche Geld und Abrechnung an die
 Zentrale einzuliefern. Diejenigen Ortsgruppen, die bis Ende
 Januar nicht abgerechnet haben, werden im Verbandsorgan
 veröffentlicht.

Zur Beachtung für die Ortsfahrrer.

Wie uns mitgeteilt wird, versucht ein bereits zwei mal
 vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und auch von
 unserem Verband ausgehender, mit Namen Malco, auf das
 Mitgliedsbuch Nr. 153 101 weiter Reißunterstützung zu er-
 langen. Der Betreffende soll auch im Besitz eines Empfeh-
 lungsscheines von Danabrück sein. Sollte er noch einmal
 irgendwo versuchen weitere Unterstützungen zu erlangen, so
 ist ihm das Recht abzuziehen und an die Zentrale einzu-
 senden.

Berlin. Das Mitgliedsbuch Nr. 89 064, ausgestellt auf
 den Namen Koned, ist verloren gegangen und wird hiermit
 für ungültig erklärt.

Wulheim-Nh. Das Mitgliedsbuch Nr. 36 022, ausgestellt
 auf den Namen Arnold Schneider, ist verloren gegangen und
 wird hiermit für ungültig erklärt.

Wünchen. Das Mitgliedsbuch Nr. 30 667, ausgestellt auf
 den Namen Nikolaus Beer, ist verloren gegangen und wird
 hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Sagen i. W. Einen höchst unglücklichen Ausgang für
 den Schwelmer-Matinger Metallarbeiterverband, „Genossen“ Ernst nahm die Verleumdungsklage, welche
 unser Kollege Zornieden gegen ihn angestrengt hatte. In
 dem auf den 11. Januar vor dem Hagener Schöffengericht
 anberaumten Termin wurde der Sozialdemokratie wieder ein-
 mal gerichtlich bestätigt, in welcher frivolen Weise sie mit der
 Ehre des Gegners umspringt.

Berufung zu der Klage gab die wiederholt von uns er-
 wähnte Bewegung bei der Firma Eiden u. Co. zu Anfang vor-
 Jahres. Genannte Firma hatte 5 Arbeiter plötzlich entlassen,
 weshalb die drei beteiligten Arbeiterorganisationen beschloßen,
 gemeinsam vorzugehen und die Einstellung wieder zu be-
 anlassen. In geschlossener Wahl fand die Arbeiterschaft
 da bis zu dem Augenblick, wo der sozialdemokratische Metall-
 arbeiterverband mitten im Kampf ein überaus gehässiges Flug-
 blatt, von unwahren Behauptungen strotzend, gegen den chris-
 tlichen Metallarbeiterverband verbreitete. Mit Recht sagten sich
 die christlich organisierten Arbeiter genannter Firma, wer in
 solch' leichtfertiger Weise mit der Einigkeit der Arbeiter spielt,
 dazu in einem hoffernsten Momente, der Scheit auch nicht
 davor zurück, im offenen Kampf das gleiche Verräterspiel zu
 treiben. In geheimer Abstimmung lehrten es die christlichen
 Arbeiter glattweg ab, mit solchen „Bundesbrüdern“ gemein-
 same Sache zu machen. Im Interesse der gesamten Arbeiter-
 schaft war dieser Vorfall zu bedauern. In dessen sagten sich
 unsere Kollegen mit Recht, um die Sache vor anderen „Schwa-
 benstreichen“ zu schützen, muß sie gehandelt werden — wenn
 nicht der Vorwurf auf uns als stärkster beteiligter Organisation
 fallen soll, leichtsinnig mit dem Arbeiterwohl Schindluder ge-
 trieben zu haben.

Mit Recht richtete sich die Aufmerksamkeit der Kollegen
 dann auf die Person, welche das Flugblatt geschrieben und
 für die öffentliche Verbreitung verantwortlich war, auf den
 Herrn Ernst. Zwei öffentliche Betriebsversammlungen, die von
 uns einberufen waren, um den Herrn Ernst zur Rechtfertigung
 zu zwingen, besuchte dieser nicht. Unterseits wurde daher
 ein Flugblatt, überschrieben: „Feine Bundesgenossen“, heraus-
 gegeben, um Ernst zu der gewünschten Rechtfertigung zu ver-
 anlassen. Das zog — wenigstens auch erst vier Wochen später.
 Hatte doch unser Flugblatt, wie Dr. Frank-Dortmund als
 Verteidiger Ernst's betonte, diesen „schwer, blutig, blutig be-
 leidigt“. Die Ernst'sche Antwort war überschrieben: „Sie lügen
 wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“. Damit war
 schon der Inhalt treffend gekennzeichnet, wie die Verhand-
 lung ergab. Die dem sozialdemokratischen Schindluderer-
 buch entnommenen „Schmeicheleien“ hatte Ernst angewandt, um
 man höre — den Kollegen Meß zur Klage zu zwingen. Dr.
 Frank meinte offenerzigt, nicht die Mitglieder sollten ge-
 getroffen werden, sondern die Leitung des
 christlichen Verbandes. Ernst weiß nun sehr gut, daß
 Meß ihn nicht verklagt aus Gründen, die wiederholt in öffent-
 licher Versammlung genannt sind. Weil Ernst aber den
 Kollegen Zornieden — der als Kommissionsmitglied bei ge-
 nannter Firma sich die denkbarste Mühe gegeben, um die Diffe-
 renzen zu schlichten — in seinem Flugblatt als Verräter be-
 schimpft hatte, nahm dieser Kollege Veranlassung, den Ernst
 vor den Klagen zu zitieren. Er wird den Kollegen ja des-
 halb keinen Vorwurf machen, da Ernst im Laufe des letzten
 Jahres nicht weniger wie fünfmal Klagen gegen Redakteure
 anstregte. Im Schlußtermin erschien Ernst nicht. Mit großem
 Equivale ließ die „Freie Presse“ durchblicken, daß der Wahr-
 heitsbeweis schon erbracht wurde für die Ernst'schen Behaup-
 tungen.

Ernst wollte also beweisen: „1. Der Drahtzieher Zornie-
 den hat, anstatt für seine Mitarbeiter einzutreten, diese ver-
 raten. 2. Anstatt für die 5 Arbeiter einzutreten, trat er nur
 für „zwei“ ein, d. h. für seine Kollegen von der christlichen
 Organisation.“ Ernst hatte zwei Zeugen laden lassen, wäh-
 rend 3. nur den Betriebsleiter Gestein, bei dem die Ver-
 handlungen stattfanden, als Zeugen vorgeschlagen hatte. Zu-
 nächst wurde letzterer vernommen. Er bekundete, daß Zornie-
 den in durchaus angemessener Weise für seine
 5 Mitarbeiter eingetreten war. Unwahr sei es, daß
 3. nur für „zwei“ eingetreten sei. Der Ernst'sche
 Zeuge G. Mitglied des christlichen Gewerkschaftsvereins
 mußte überhaupt nichts Belastendes zu sagen. Bei
 Vernehmung dieses Zeugen fiel es Ernst plötzlich ein, Wider-
 klage zu erheben, weil 3. sich einmal abfällig über Ernst ge-
 äußert habe. Dr. Frank mußte indes die Wahrnehmung
 machen, daß auch hier von der Zeuge garnichts wußte. Zeuge
 Sch. Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverban-
 des) war Mitglied der erwähnten Kommission. Mit Span-
 nung sah man seiner Aussage daher entgegen. Ernst ließ
 auch durchblicken, daß Sch. sein Gewährsmann sei. Sch.
 wußte zum Erlauten des Angeklagten nichts von Verrat,
 wußte nichts von einem Eintreten 3's nur für „zwei“. Dr.
 Frank versuchte nun insofern die Beschimpfungen Ernst's gegen
 3. zu rechtfertigen, als der Zeuge Sch. in ein Kreuzverhör
 darüber genommen wurde, ob nicht die Eiden'schen Arbeiter
 verlangt hätten, die Kommission solle von der Firma for-
 dern, evtl. mit Anwendung des Streiks drohen. Eben-
 sowenig wie ein Genossenschaftsführer bei dem Unternehmer „for-
 dert“, sondern „untertänigst bittet“ (wer kennt nicht gewisse
 Genossenschaftsführer, die zweierlei Sprachen kennen, eine radikale
 für Versammlungen, eine schmeichele bei Gesprächen mit
 Unternehmern), war es dem Kollegen 3. eingefallen, mit
 dem Stammmittel in der Hand die Wünsche der Arbeiter
 zu vertreten. Der Zeuge konnte nichts anderes als erklären,
 von „fordern“ ist in den Versammlungen nicht geredet
 worden.

Nach Schluß der Beweisannahme, die also glänzend da-
 neben ging, nahm Dr. Cremer-Hagen das Wort, um in einer
 für den Genossen Ernst niederstimmenden Art dessen Ver-
 halten zu brandmarken. Ernst habe etwas behauptet, was
 nach der Beweisannahme als vollständig erfunden be-
 zeichnet werden müßte. Weiter machte Dr. Cremer darauf
 aufmerksam, wie der Angeklagte wiederholt während seiner
 zweijährigen Tätigkeit in Hagen die Wahrheit miß-
 braucht habe, so u. a., daß Ernst sich am Telefon als
 „Ingenieur der Firma Schöneberg“ ausgegeben habe, um
 von der Firma Vogel u. Schumann etwas zu erfahren. Ernst
 habe das Flugblatt des christlichen Metallarbeiterverbandes
 (welches G. „blutig, blutig“ beleidigte. D. W.) in keiner Weise
 durch seine Antwort widerlegt. Von Anfang bis zu Ende
 wimmle das Ernst'sche Flugblatt von Beschimpfungen und Ver-
 drehungen. Wäre Ernst dieserhalb von Meß verklagt, so würde
 er zweifelslos verurteilt. Da Herr Ernst doch die eckl. zu
 verhängende Geldstrafe nicht selbst zahlen würde, ersuche der
 Anwalt um Verhängung einer Freiheitsstrafe, die jedenfalls
 abkündend auf Herrn Ernst wirken würde. Dr. Frank ver-
 suchte zu retten, was zu retten war, jedoch gegen die Macht

der Tatsachen konnte er nichts ausrichten. Wie nicht an-
 ders zu erwarten war, erfolgte die Verurtei-
 lung, und zwar zu 100 Mark Geldstrafe, Tra-
 gung sämtlicher Kosten und Publikation des
 Urteils.

Die Begründung des Urteils war für den Angeklagten
 einfach blamabel. Der Richter hob ausdrücklich hervor, daß
 die Ernst'sche Behauptung in keiner Weise erwiesen sei. Auch
 in keiner Weise sei der Beweis geführt worden. Unverständ-
 lich sei es, wie Ernst zu diesen Behauptungen kommen konnte.
 Man könne nicht anders annehmen, als daß Ernst die
 behauptete Tatsache frei erfunden habe. Wegen
 Verbreitung verleumderischer Angriffe wider besseres
 Wissen müsse die Verurteilung erfolgen.

Ernst war augenscheinlich erregt über diesen Verlauf.
 Sein Schmerz und Kummer wurde auch kaum wesentlich ge-
 mindert durch die hernach erfolgte Verurteilung des Redak-
 teurs Steimer zu 80 Mark Geldstrafe in zwei Fällen wegen
 formeller Verleumdung durch Veröffentlichung eines Versamm-
 lungsberichts. Noch im Gerichtssaal standte Ernst seinen „Ge-
 währsmann“ zurecht, der ihm doch so und so berichtet habe.

Gespannt darf man sein auf die Wirkung des Urteils
 auf die fernere Tätigkeit des Herrn Ernst. Seine Verurteilung
 hat bewirkt, daß einem ehrenhaften Arbeiter die aufs schmä-
 hliche angegriffene Ehre wiedergegeben wurde. Durch die
 öffentliche Beschimpfung eines Arbeiters, der als braver Kollege
 von seinen Mitarbeitern zum Kommissionsmitglied gewählt
 wurde, hat er viel Unheil im eigenen Lager ange-
 richtet. Denn wer kann es letzten Endes verlangen, daß Ar-
 beiter derartige Mandate annehmen, wenn sie dabei beschimpft
 müssen, ganz gleich, ob sie ihre Schuldigkeit taten, als Ver-
 rätere gebrandmarkt zu werden. Das Bedauerlichste an der
 Sache ist, daß ein „Arbeiterführer“ sich soweit herunter-
 ließ. Wiederholt haben wir Ernst gewarnt, in seinen Verleu-
 mungen vorsichtig zu sein. „Ach was, ich behaupte und damit
 basta“, so denkt anscheinend Herr Ernst. Er wird wissen,
 wer es fertig bringt in der „Freien Presse“, christliche Ar-
 beiter als Streikbrecher zu beschimpfen, andere Organisationen
 als „Streikbrechergarde“, „Streikbrecherverband“ u. dergl. zu
 bezeichnen. Wüßten wir nicht, daß der Redakteur unschul-
 dig ist an solchen Schimpfereien, so könnte man schon Mittel
 und Wege finden, um den Schreibern Unstund und Achtung
 vor dem Gegner beizubringen.

Sollte indes die kalte Dusche vom 11. Januar noch nicht
 ernüchternd gewirkt haben, so mag die „Freie Presse“-Redaktion
 sich darüber klar sein, daß auch mit ihr das gleiche geschehen
 kann, was Ernst mit gegnerischen Zeitungen getan hat. Wir
 würden dann keine Verurteilung wegen formeller Verleu-
 mdung erzielen, sondern, wie bei Ernst, würde festgestellt wer-
 den: „die Verurteilung muß erfolgen, weil unwahre Tatsachen
 verbreitet sind“. Vielleicht informiert Herr Ernst in diesem
 Sinne seine Freunde, nimmt aber auch selbst gebührende Notiz.
 Er hat's gesehen: „Wer den Schaden hat, braucht für den
 Spott nicht zu sorgen“.

Düsseldorf. Das hiesige Genossenorgan, die „Volks-
 zeitung“, muß ihr Lesepublikum schon ganz unglaublich tief
 einschlagen. In seiner Nr. 6 vom 8. Januar wagt es dieses
 Blatt nämlich, einen auf dem Nichte des hiesigen roten Presse-
 büros gemachten Artikel zu veröffentlichen, worin die chris-
 tlichen Gewerkschaften als „Gegner des Koalitions-
 rechts der Arbeiter beschimpft werden. Den gleichen blässlichen
 Blödsinn hat dann auch das rote Pressebüro zu einem Flug-
 blatt „verarbeitet“, welches die Arbeiterschaft für die
 Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten begei-
 ern soll. Nur nebenbei sei bemerkt, daß dieses Flugblatt hier den Verbands-
 blättern der „neutralen“, „freien“ Gewerkschaften beigelegt
 wurde — wahrscheinlich als Gegenleistung an die Mitglieder
 für die Groschen, die man ihnen für den roten Wahlfonds
 abgeknöpft hat.

Sowohl der angezogene Artikel der „Volkszeitung“ als
 auch das betr. Flugblatt sind sprechende Belege dafür, daß
 es im Genossenlager mit der Ehrlichkeit rapid bergab geht. Ueber
 die Genossen nach! Die Düsseldorfser Arbeiterschaft fällt
 auf ihre Kolluntenmandover a la „Pakt den Dieb!“ nicht
 mehr herein. Was die Genossen da in der „Volks-
 zeitung“ und in ihrem Flugblatt den „Christlichen“ anhängen
 wollen, ist in Wirklichkeit ihr eigenes Verbrechen. Jeder Ar-
 beiter, dessen Denkvermögen noch nicht durch das sozialdemo-
 kratische Propagandabombardement außer Funktion gesetzt worden
 ist, weiß, welche Leute heute nachgerade zur akuten Gefahr
 für die Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft geworden sind.
 Ist es doch gerade die Sozialdemokratie, die unter ihrer Not-
 mäßigkeit stehenden „freien“ Gewerkschaften und die rote Presse,
 die den Feinden der Arbeiterrechte durch ihren in der unter-
 schämtesten Weise betriebenen Terror gegen Andersgeinnte das
 Material zur Beschneidung des wichtigsten Grundrechtes der
 Arbeiterschaft geliefert haben. Nur die durch und durch un-
 ehrlische sozialdemokratische Rebutilität bringt es fertig, die
 christlichen Gewerkschaften deshalb der Gegnerschaft gegen die
 Koalitionsfreiheit zu beschuldigen, weil sie sich notgedrungen
 gegen die roten Terroristen zur Wehre setzten, weil sie zum
 Schutze ihrer persönlichen Freiheit und des Rechtes auf Ar-
 beit an die Öffentlichkeit und an die staatliche Rechtspflege
 appellierten und weil sie nicht die Flut sozialdemokratischer
 Räuberei wehrlos über sich ergehen ließen. Nach dieser
 roten „Logik“ ist derjenige der Verbrecher, der sich nicht gut-
 willig von dem ersten besten Straßenräuber oder Wegelagerer
 ausplündern läßt, sondern sich gegen seinen Angreifer zur
 Wehre setzt und ihn der Staatsanwaltschaft übergibt.

Die akute Gefahr für den Bestand der Koalitionsfreiheit der
 Arbeiter ist die Sozialdemokratie, das steht für jeden Arbeiter,
 der sich seinen gesunden Verstand bewahrt hat, heute unumstößlich
 fest. Diese Sozialdemokratie ist zunächst die geschworene
 Feindin der Koalitionsfreiheit aller der Arbeiter, die sich
 eine eigene Ueberzeugung bewahrt haben u. diese auch hochzu-
 halten gesonnen sind. Die sog. „Bäderzög.“ feiert diese Ge-
 heimnissniedertrümpelung andersdenkender Arbeiter in ihrer Nr.
 2/1905 mit den Worten:

„Darum ist der Terrorismus der Gewerkschaften hoch-
 moralisch, weil kulturverderbend, wenn auch der Drogen des
 Strafgesetzes daneben lauert.“

Erinnert sei in diesem Zusammenhange auch an die be-
 rühmte Resolution der Stuttgarter Metallgenossen bei der
 Firma Bosch, die in den „Lokalen Mitteilungen des deutschen
 Metallarbeiterverbandes, Centralungsstelle Stuttgart C. n. n. att.
 Nr. 4/1910“ veröffentlicht wurde und worin es u. a. heißt:

„Von den organisierten Kollegen erwartet die Ver-
 sammlung, daß sie Kollegen, die in das Geschäft eintreten,
 nur dann Beihilfe angedeihen lassen, und Verleht mit ihnen
 pflegen, wenn dieselben ihren Beitritt oder ihre Mitglieds-
 schaft im Deutschen Metallarbeiterverband nachzuweisen in
 der Lage sind. Kollegen, die nicht im obigen Sinne argu-
 niert sind, werden entsprechend behandelt.“

Wohl bemühte sich die „Metallarbeiterzeitung“ nach dem Bekanntwerden dieser Resolution ihr durch Hinweis auf die verschiedenen Organisationsverhältnisse in diesen Betrieben einen harmloseren Ausdruck zu geben, aber — „Die Durchführung obiger Resolution könnte auch für andere Betriebe nicht schaden“, diese Bemerkung läßt die lokale Redaktion der „Mittelungen“ obiger Resolution an — und die „Metallarbeiterzeitung“ ging wohlweislich mit Schweigen darüber hinweg. Dieses Schweigen wird beredt, wenn man weiß, wie das offizielle Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes selbst zum Terrorismus steht. Schrieb dieses Blatt doch selbst in seiner Nr. 5/1911:

„Man kann keine allgemeine Regel darüber aufstellen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in tarifierten Betrieben auszu-schließen. So etwas muß von Fall zu Fall unterschieden werden.“

Das heißt doch mit klaren Worten nichts anderes als: „Wo wir Sozialdemokraten die Macht haben, da gibt's für christliche Arbeiter keine Koalitionsfreiheit, da haben diese christlichen Arbeiter entweder in die sozialdemokratische Organisation einzutreten oder ihre Posten zu verlassen.“ Wo die roten „Beschützer der Koalitionsfreiheit“ das Heft in Händen haben, da heißt es einfach für christliche Arbeiter „über-treten oder herauss!“ Wie es dort gemacht wird, zeigt uns die preßgesetzliche Verächtigung eines unserer Berliner Kollegen, die der „Vorwärts“ in seiner Nr. 71/1911 zu bringen gezwungen war, in der es heißt:

„Die in Nummer 66 des „Vorwärts“ vom 18. März unter dem Titel: „Wieder ein Terrorismuschwindel“ auf-gestellte Behauptung, daß mein dort in Frage stehender Ueber-tritt „durchaus freiwillig“ vom christlichen zum „Deutschen Metallarbeiterverband“ erfolgt sei und ich auf Grund einer Drohung meines älteren Bruders den Uebertritt rückgängig gemacht hätte, ist unwahr.“

Wahr bleibt hingegen, daß meine Ueberschreibung zum Deutschen Metallarbeiterverband, nachdem mir mein Mit-gliedsbuch unter dem Vorwand der Einsichtnahme von dem Anreißer Hoffmann weggenommen war, durch den Ver-trauensmann Schmidt, trotz meines Protestierens, bewerk-stelligt wurde.“

Diese Proben mögen für diesmal genügen; sie beleuchten grell die sozialdemokratische „Ehrlichkeit“. Sie zeigen aber auch, daß die Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiterschaft nirgendwo in schlechteren Händen ist als bei der Sozial-demokratie. Auch im kommenden Reichstag kann eine ver-stärkte Sozialdemokratie nur dazu beitragen, den Einfluß der Schatzmacher auf die Regierung zu verstärken, wodurch deren Lieblingswunsch einer Knebelung der Arbeiterbewegung durch die Gesetzgebung, gerade die wünschenswerteste Förderung erhalten würde.

Darum kann die Parole für jeden einsichtigen Arbeiter, für jeden Freund der Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft nur lauten: „Hinweg mit der arbeitgeberverrätherischen Sozialdemokratie! Stärkung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung!“ Namentlich aber wir Düsseldorf Metallarbeiter wollen zeigen, daß wir es auch im neuen Jahre verstehen, durch eifrige Werbe- und Aufklärungsarbeit die Zahl unserer Mit-kreiter abermals zu verdoppeln.

Fulda. In der vergangenen Nacht am Sonntag, den 7. Januar 1912 der gelbe Werkverein der Fuldaer Stanz- und Emailierwerke seinen Mitgliedern: es bestand in theatralischen Aufführungen und Weihnachtsbesetzungen für die erwachsenen und kleinen Kinder der Werkereinsmitglieder. Die Lote sind vorher händelweise an die Mitglieder des gelben Werkvereins ver-schenkt worden. Auch wurden annähernd 1200 Zucker-büden mit Inhalt an die Anwesenden verschenkt. So „frei-giebig“ hat sich die Firma F. C. Bellinger noch nicht gezeigt. Der Bericht über die Feier des Werkereins lautet im Fuldaer Kreisblatt vom 8. Januar 1912 folgendermaßen:

„Weihnachtsfeier. Der Werkverein der Fuldaer Stanz- und Emailierwerke F. C. Bellinger hielt gestern nachmittags im Giefelsaal eine Weihnachtsfeier bestehend aus musikalischen und theatralischen Aufführungen, sowie Kinderbescherungen und Verlosungen ab. Das Fest des an sich jungen Vereins ge-lackte sich zu einer sehr imposanten (!) Familienfeier und war überaus zahlreich besucht. Die Darbietungen auf der Bühne wurden sämtlich gut durchgeführt und fanden umso-mehr die wohlverdiente Anerkennung, als sie ausschließlich von Kindern übernommen waren. Sehr amüßant war die Be-schwerung an die Kinder und auch den Erwachsenen wurde durch die Verlosung praktischer Gegenstände viel Freude bereitet. Der Werkverein, der sich zur Aufgabe gemacht hat, in fried-lichem Einvernehmen mit der arbeitgebenden Firma die In-teressen seiner Mitglieder zu vertreten, (?) kann stolz auf dieses Fest sein, das ihm ein erneuter Beweis dafür ist, daß seine Beziehungen von beiden Seiten nachhaltig unterstützt werden. Möge er auf dem betretenen Wege vorwärts schreiten zum Segen seiner Mitglieder.“ Soweit das „Fuldaer Kreis-blatt.“

Ob die Zuckerbüden, die man jetzt so freigiebig ver-schenkt, wohl einen Ersatz darstellen sollen für die fast 100000 Lohnbüden bei den letzten Lohntagen? Oder ob sie billiger sind als eine angemessene Lohnzulage, wie sie der christliche Metallarbeiterverband bei der letzten Lohnbewegung im In-teresse seiner Mitglieder und der ganzen Arbeiterschaft gefordert hat? Dieses Rätsel ist für den denkenden Arbeiter sehr leicht zu lösen. Diese Weihnachtsfeier hat aber auch auf der anderen Seite bewiesen, daß der gelbe Werkverein niemals in der Lage sein wird, eine planmäßige und systematische Reform- und Standesarbeit für die Emailierwerkarbeiter zu verrichten. Eine Vereinigung, die ihren Hauptzweck darin sieht, den Mit-gliedern ein billiges Vergnügen zu verschaffen, hat angehöret, eine Interessenerweiterung für die Arbeiterschaft zu sein und ver-dient von jedem ehrlichen vorwärtsstrebenden Arbeiter als das gewertet zu werden, was sie ist, ein Einküllungsinstitut, um die Arbeiterschaft von der Zahlung ihrer Interessen abzuhalten. In den Reihen des gelben Werkereins wird jetzt auch mit einem angeblichen „Erfolge“ inbezug auf Verfüzzung der Arbeits-zeit an Samstagen und Vorabenden von Feiertagen agitiert; darum dürfte es hier angebracht sein, darauf hinzuweisen, wie diese Verbesserung wirklich zu Stande gekommen ist. Der christliche Metallarbeiterverband hat seit seinem Bestehen immer darauf hingewirkt, nicht nur die Löhne zu erhöhen, sondern auch die Arbeitszeit zu verkürzen. Das ist wiederholt hier geschehen und zwar mit Erfolg. So in den Jahren 1905 und 1907. Wenn nun durch den gelben Werkereins eine kleine Verfüzzung der Arbeitszeit von 2 Stunden Samstags oder noch weniger herbeigeführt wird, so fällt ein solcher „Erfolge“ überhaupt nicht ins Gewicht, umso weniger, da keine Erhöhung der Löhne der zahlreichen Akkordarbeiter damit verbunden,

also kein Ausgleich geschaffen ist; nur die verschwindend wenigen Lohnarbeiter erhalten einstellweise die Zeit voll bezahlt. Das sind natürlich in den Augen der Gelben „Erfolge“. Es sieht bombastisch, daß nicht der gelbe Werkereins, nicht diese Scheinorganisation die Lage der Arbeiterschaft verbessern kann, sondern nur eine wirklich selbständige Organisation. Diese selbständigen Organisationen sind es auch, die in Wirklichkeit die treibende Kraft für Verbesserungen in denjenigen Betrieben waren und sind, wo gelbe Scheinorganisationen bestehen. Sobald es dem Unternehmertum gelungen war, die Arbeiterschaft aus den selbständigen Organisationen in den gelben Sumpf zu locken, gab es noch allernals statt Verbesserungen Verschlech-terungen, statt persönlicher Freiheit und Selbständigkeit sklavische Gefinnungszüchtung. Darum kann es für den denkenden und ehrlichen Teil der Arbeiterschaft nur eines geben: Nieder mit der gelben Lüge! Tatkräftige Förderung des christlichen Metallarbeiterverbandes!

Klagen i. W. Wie „Berichtigungen“ entstehen. Vor längerer Zeit hatte die „Wohlführende Volkszeitung“ eine Notiz gebracht, worin die politische Neutralität des Deutschen Metallarbeiterverbandes beleuchtet wurde. Zum Beweis war angeführt, daß bei der letzten Landtagswahl die Verwal-tungskasse haben 100 M. für die Partei bewilligt habe. Das sehen, lesen und berichtigen war für den Bevollmächtigten Herrn Genossen Ernst, das Werk eines Augenblicks. Folgende Berichtigung, von Ernst unterzeichnet, mußte die „W. V.“ veröffentlichen:

„In ihrer Zeitung vom Montag, den 14. November 1910 brachten Sie unter dem Stichwort „Note Vanern-sänger“ einen Artikel, in dem behauptet wurde, der deutsche Metallarbeiterverband habe im Jahre 1908 der sozialdemo-kratischen Partei 100 M. überwiesen. Wie teilen Ihnen mit, daß dieses nicht wahr ist, sondern daß die 100 M. der Hagener Arbeiterjugend überwiesen wurden, und daß folgebend die Schlußfolgerungen, die Sie aus Ihrer Behau-ptung ziehen, nicht zutreffend sind.“

Wer Berichtigungen schreibt, sollte es als seine Pflicht betrachten, vorher genau festzustellen, daß seine Berichtigung auch der Wahrheit entspricht. Was tat Ernst? Er holte sich wie er am 11. Januar am Hagener Schöffengericht kund gab, Auskunft bei dem sozialdemokratischen Parteiführer Erwin Ludwig. Da dieser aber anscheinend so viel Geld von „freien“, „neutralen“ Verbänden bekommt, daß man nicht jeden Betrag ohne weiteres im Gedächtnis hält, soll er Ernst mitgeteilt haben, daß 1908 kein „Kuch“ angekommen sei. Kollegial, wie die „christlichen Brüder“ nun einmal sind, waren wir gezwungen, dem „Freund“ Ernst das Studium seines eigenen Geschäftsberichtes vom Jahre 1908 zu empfehlen, der auf Seite 28 die Bewilligung von 100 M. an die Partei mitteilte. Herr Ernst war zwar 1908 noch nicht angeheilt, aber er be-fand sich in leitender Stellung, 1909 erfolgte seine Wahl zum ersten Bevollmächtigten. Von der Weisheit der Ge-nossen hatten wir nun erwartet, daß ein Bevollmächtigter einer Ortsverwaltung doch zum allermindesten die Jahres-berichte, wenn auch nur vom letzten Jahre — kennt. Doch nichts von alledem. Wie er treuherzig bekennen mußte, war es unserer Kollegialität zu verdanken, daß er erfuhr, wann der Partei die Stamotten beschafft worden waren. Aber so sind unsere Genossen einmal. Wahr ist nach ihrer Ansicht immer nur das, was ihnen im Moment in den Kram paßt. Die christlichen Arbeiter werden mit dieser Untugend der Genossen-führer zu rechnen wissen.

So-le. Am 7. Januar fand im Lokale Schürmann die Generalversammlung der Ortsgruppe Voche unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde der bisherige 2. Vorsitzende einstimmig gewählt, da der frühere Vorsitzende anderer Geschäfte halber seinen Posten niederlegen mußte. Für den Posten als Schriftführer und 2. Vorsitzenden wurden zwei heimische Kollegen neu, und als Ortskassierer wurde der bisherige einstimmig wiedergewählt. Es ann folgte eine eingehende Ausdrucksche sämtlicher Kollegen über unsere nächsten Aufgaben, bei der mancher wichtige Fingerzeig für den Ausbau unserer Ortsgruppen gegeben wurde. Kollege Brün-ningshaus hielt darauf einen Vortrag über unsere gegenwärtige Lage, welcher von den Anwesenden mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurde. Redner kritisierte besonders scharf das arbeiterfeindliche Treiben des sozialdemokratischen Ver-bandes, und forderte die Anwesenden zur intensiven Agitation für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung auf. Der neue 1. Vorsitzende forderte die Kollegen auf zur treuen Mitarbeit für das kommende Jahr, da der Vorstand die Arbeit unmög-lich allein bewältigen könne. Das Lebendige Interesse aller Mitglieder bürgte allein für unser Vorwärtskommen. Auf die gegnerische Organisation übergehend, kritisierte er scharf das heuchlerische Gebahren des roten Verbandes in Punkt Neu-tralität: besonders beachtet wurde die Wahlfrage, die sich die „Metallarbeiterzeitung“ in Nr. 1/12. letzte. Betont wurde auch, daß der sozialdemokratische Verband, anstatt prak-tische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, sich der politischen Sozial-demokratie in die Arme werfe; seine Mitglieder aufzufordere sozial-demokratisch zu wählen und die Sozialdemokratie mit Gewerkschaftsgebern unter-tue. Nach einer nehmigen Aufforderung, unentgeltlich für unseren christlichen Metallarbeiterverband tätig zu sein, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf unseren Verband, in das die Kollegen begeistert einstimmten, geschlossen.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter

sind weiter auf der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes an Sammelgeldern eingegangen: Meßheim 130, Düsseldorf 79,70, Olpe 52,78, Schöffelried 10,66, Laake 11,30, Hannover 60, Bochum 30, Eupen 10, Stuttgart 87,80, Remagen 5, Hagen 200, Schweinfurt 29,15, Furtwangen 22,70, Schreimbüh 8,20, Wilhelmshaven 11,25, Siegen 55,20, Hoven 20,20, Eslingen 100, Regensburg 9,70, Aachen 125, Rheine 29,45, Sch-Osmund 45, Effen 250, Durlach 4, Bromberg 1,85, Grevenbroich 29,61, Meisen 3,30, Singen 34,87, Wolfersbüttel 5,95, Eggersheim 15, Fulda 11,20, Düsseldorf 133,35.

Sterbetafel

Heilbronn a. N. Am 6. Januar starb unser Kollege Eugen Huber, Mechaniker, im Alter von 18 Jahren infolge Wundenbrüche.
Mülheim-Rhein. Am 5. Januar starb unser Kollege Fritz Wagner, Drahtzieher, im Alter von 33 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Freitag den 19. Januar.
Essen-Elektromonteur. Abends 8.30 Uhr bei Schmitz, Steelerf. 61, Eierstraße. Abends 6.30 Uhr mit Vorstandswahl bei Landscheidt, Samstags, den 20. Januar
Duisburg-Neingewerbe. Abends 8.30 Uhr bei Hagerkamp, Ede Friedr.-Wllh. n. Wallstr.
Düsseldorf-Altstadt. Abends 9 Uhr bei Bender, Andreaskstraße.
Düsseldorf-Wilf-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Weingartner (Inhaber Panz) Bülferallee, Ecke Kronenstr.
Eberfeld. Generalversammlung, abends punkt 8.30 Uhr bei Herzenrath, Klogbahn.
Essen-Steele-Krab. Abends 8.30 Uhr in Krug bei Wirt Freitag.
Essen (Wau- und Knittschlosser). Abends 8.30 Uhr bei Widen, Alfrrediplatz.
Hessburg. Generalversammlung, abends 8.30 Uhr bei G. Rade, Martensstraße 1. (Neuwahlen.)
Hagen-Wölscheide. Generalvers., abends 8 Uhr bei Hennemann.
Hannover-Bissel. Generalvers., abends 8.20 Uhr in Döhren bei Christoph Loh.
Ingolstadt. Generalverf. abends 8 Uhr. L.-D.: Kassenericht. Jahres-bericht, Neuwahlen, Verfallbesen.
Köln-Denk. Generalverf., abends 9 Uhr, Zur Krone, Freiheitstr. Ref. Kol. Käfer.
Köln-Indenthal. Generalversammlung, abends 9 Uhr bei Sadtler, Badenerstr. Neuwahl Kol. Buchmann.
Mische. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenfeld, Bärberstr.
Münsterberg. Abends 8 Uhr allgemeine Verwaltungs- und Vertrauens-mannwahl im Gefellenhospiz.
Offheim. Abends 9 Uhr bei Schmitz.
Stuttgart. Abends 8 Uhr im römischen König.
Stuttgarter-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im Lokale „Alter Hafe“.
Schaffersried. Generalversammlung, abends 8 Uhr im Lokal.

Sonntag, den 21. Januar.

Bochum-Weitmar. Morgens 11 Uhr bei Paul Kroll.
Burgbrohl. Nachm. 3 Uhr in der Wirtschaft Strauß.
Dortmund-Witten. Nachm. 4.30 Uhr bei Wibeck, Augustastr.
Duisburg-Neingewerbe. Generalverf., abends 7.30 Uhr bei Zeller in Dindweiler, Endstraße 1. Wichtige L.-D., Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Duisburg-Neck. Generalverf., nachm. 8.30 bei Zimmer, Kaiserstr.
Düsseldorf-Blinaern. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Birken, Ecke Bülferallee.
Düsseldorf-Grath. Vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße.
Düsseldorf-Nath. Generalverf., nachm. 4 Uhr, bei Jos. Schulzen, Mühlenerstraße.
Düsseldorf-Roth. Generalverf., nachm. 4 Uhr f. kath. Gesell., Sternstr.
Dülken. Generalversammlung, vorm. 10.30 Uhr im Lokale Kemmelen.
Esbheim. Generalversammlung, nachm. 3 Uhr mit Neuwahl. 8 Uhr öffentliche Versammlung.
Essen-Jugendklasse. Nachm. 4 Uhr bei Wint, Altdorferstr. 200, Althildersvortrag.
Essen (Jugendklasse der Ortsverwaltung). Althildersvortrag nachm. 4 Uhr bei Wint, Altdorferstraße 200.
Essen-Stadt. Generalverf., vorm. 11 Uhr Frohnhauserstr. 19.
Essen-Alteneffen. Abends 6 Uhr bei Esser.
Essen-Brühnhanjen. Generalverf., nachm. 8 Uhr bei Potzgießer.
Essen-Nordost. Abends 7 Uhr bei Winterhoff.
Essen-Rellinghanjen. Generalverf., 11 Uhr bei Schroer.
Essen-Mittenscheid. Generalverf., abends 8 Uhr bei Walfrey.
Essen-Gegetoth. Generalverf., abends 7 Uhr bei Langenberg.
Essen (Vormer und Gieckersarbeiter etc.). Generalverf., vorm. 10.30 Uhr im „Alfredshaus“, Frohnhauserstr. 19.
Frintrop. Generalverf., nachm. 2.30 Uhr bei Klanten.
Fulda. Nachm. 4 Uhr bei Gastwirt Hartung, Petersberg bei Fulda.
Gelsenkirchen-Hilka. Generalversammlung, nachm. 4.30 Uhr bei Nachbarschulte.
Großenbaum. Generalverf., nachm. 5 Uhr bei Cremertus.
Hagen-Wehringhausen. Morgens punkt 11 Uhr bei Simon.
Häsel. Nachm. 4 Uhr Jugendversammlung, bei G. Bruder, Bülferstr.
Hannover-Beine. Generalversammlung, nachm. 4 Uhr bei Stah.
Heiligenhaus. Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Küppersbusch, Hauptstraße.
Karlruhe. Nachm. 3 Uhr mit Frauen im Cafe Romack, unterer Saal.
Köln-Brühl. Generalversammlung 5 Uhr bei Gricoberg, Uhlstr. 8, Ref. Kol. Buchmann.
Köln-Kalk. Generalverf. mit Vorstandswahl morgens 11 Uhr im Vereinshaus.
Köln-Creuzfeld. Generalverf., morgens 11 Uhr bei Kornbörfer, Aplerstr. Ref. Kol. G. Döring.
Köln-Sünderl-Kolonie. Morgens 11 Uhr bei Guth, Wattstraße, Ref. Kol. Buchmann.
Lüdenscheid. Nachm. 5 Uhr mit Familienangehörigen bei G. Diemer Wilhelmstraße.
Mülheim-Solmeide. Morgens 11 Uhr, Jugendverf. bei Hüfel.
Mülheim-Bendberg. Morgens 11 Uhr bei Verius mit Vortrag.
Mülheim-Zünnwald. Nachm. 5 Uhr bei Müller mit Vortrag.
M.-Heiden. Generalverf., vorm. 11 Uhr bei Lehnhof.
Netwid. Vorm. 11 Uhr im Lokale „Drei Schweißler“.
Reviages. Generalverf. mit Vorstandswahl. Reiter feste.
Röberg. Generalversammlung, nachm. 4 Uhr bei Seltmann in Wigge.
Schwabach. Generalversammlung nachm. 3 Uhr bei Feuerbein, Ringstr. 5. Ref. Kol. Kournd.
Troisdorf. Generalverf., vorm. 10.30 Uhr bei Oberscheid. Ref. Kol. Buchmann.

Montag, den 22. Januar.

Quadenbrück. Generalverf., Vortrag des Kol. Hartmann-Gamburg.
Donnerstag, den 25. Januar.
Oberhausen (Mld.) Abends 8 Uhr im Arbeiterheim.
Samstag, den 27. Januar.
Angsbura. Generalversammlung, abends 8 Uhr in der „Schönenhalle“, Wintergasse.
Düsseldorf-Ratingen. Generalverf., abends 9 Uhr bei Paul, Bahnst.-Gitar. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.
Gevelsberg. Abends 8.30 Uhr bei J. Schillen, Mittelstr.
Schw.-Gmünd. Generalverf., abends 8 Uhr im kath. Vereinshaus.
Ulm a. D. Generalversammlung, abends 8.30 Uhr im Herrntellerstraal. L.-D.: Geschäfts-, Kassenericht und Wahlen.

Sonntag, den 28. Januar.

Altötting. Generalverf., vorm. 9.30 Uhr im Lokal (hinteres Neben-zimmer). Rechnungsablage, Neuwahl.
Berlin-Berchingsweide. Generalverf., vorm. 11 Uhr bei Dieck, Sackstr. 16.
Düsseldorf-Beurath. Generalverf., vorm. 11 Uhr bei Kampelshert, Mittelstraße. Neuwahlbescheid, Neuwahl.
Düsseldorf-Oberbiff. Generalverf., vorm. 11 Uhr bei Föder, Am Markt, Kölnstraße.
Duisburg-Neudorf. Vorm. 11 Uhr bei Hagerkamp.
Essen (Ortsverwaltung). Generalversammlung, vorm. 10.30 Uhr im Vereinshaus Essen-West, Altdorferstr. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Frankfurt a. M.-Siedersheim. Generalverf., nachm. 4 Uhr im „Münzer Hof“.
Fulda. Nachm. 4 Uhr in Pilgerzell bei Fulda.
Gelsenkirchen-Neustadt. Vorm. 11 Uhr im Ruhetal-Restaurant, Bochumerstr.
Gelsenkirchen-Balmke. Nachm. 4 Uhr mit Frauen bei Wefelbe.
Hamburg. Generalverf., nachm. 2.30 Uhr bei Schröder, Lastr. 97, abends 3 Uhr Zusammenkunft mit Familie.
Hannover-Juden. Generalverf., nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Linden, Konfordplatz 14.
Häsel. Generalverf., nachm. 4 Uhr bei Wlaker. Wichtige Tages-ordnung.
Herdecke. Morgens 11 Uhr bei Widen.
Karlruhe-Stillingen. Nachm. 3 Uhr in der „Sonne“, 2. Stnd.
Langendreer-Werne. Nachm. 3 Uhr bei Wiesmann.
Lippstadt. Generalverf., nachm. 2 Uhr bei Wollmer. L.-D.: Jahres-bericht und Vorstandswahlen.
Mainz. Generalverf., nachm. 4 Uhr bei Wenden, Karmelitenstr. 12. Jeder Kollege muß anwesend sein.
Millingen. Generalverf., vorm. 11 Uhr bei Weingarten.
Mülheim-Rhein. Nachm. 3 Uhr Quartals-Generalversammlung, auf-z Ecktonen in Mülheim, Regentestr. 9 bei Rebbel.
Münsterberg. Generalverf., nachm. 2 Uhr im Gefellenhospiz, Tafel-hofstr. 7.
Neunkirchen. Abends 8 Uhr zum „Stern“ bei Schleppl.
Stuttgart-Rudwigsburg. Nachm. 4 Uhr bei Weinmann.